



Antrag der Redaktionskommission

vom 22.01.2021

| | | |
|--|-----|--|
| <p>Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom ... <i>Die Gemeinde,</i> gestützt auf Art. 89 Abs. 2 KV und § 4 Abs. 1 GG vom 20. April 2015, <i>beschliesst:</i></p> | 001 | <p>Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom ... <i>Die Gemeinde,</i> gestützt auf Art. 89 Abs. 2 KV und § 4 Abs. 1 <u>Gemeinde-</u> <u>gesetz</u> vom 20. April 2015, <i>beschliesst:</i></p> |
| | 002 | |
| <p>1. Teil: Allgemeine Bestimmungen</p> | 003 | <p>1. Teil: Allgemeine Bestimmungen</p> |
| <p>Gegenstand Art. 1 ¹ Die Gemeindeordnung ist die Verfassung der Stadt Zürich.</p> | 004 | <p>Gegenstand <u>Art. 1 ¹ Die</u> Gemeindeordnung ist die Verfassung der Stadt Zürich.</p> |
| <p>² Sie regelt insbesondere die Grundzüge der Organisation der Stadt und die Zuständigkeiten ihrer Organe.</p> | 005 | <p>² Sie regelt insbesondere die Grundzüge der Organisation der Stadt und die Zuständigkeiten ihrer Organe.</p> |
| | 006 | |
| <p>Gemeinde-organisation Art. 2 ¹ Die Stadt Zürich ist eine politische Gemeinde des Kantons Zürich.</p> | 007 | <p>Gemeinde-organisation Art. 2 ¹ Die Stadt Zürich ist eine politische Gemeinde des Kantons Zürich.</p> |
| <p>² Sie ist als Parlamentsgemeinde organisiert.</p> | 008 | <p>² Sie ist als Parlamentsgemeinde organisiert.</p> |
| | 009 | |

| | | |
|---|----------|---|
| <p>Bezeichnung der Organe</p> <p>Art. 3 In der Stadt Zürich werden das Gemeindeparlament als Gemeinderat und der Gemeindevorstand als Stadtrat bezeichnet.</p> | 010 | <p>Bezeichnung der Organe</p> <p>Art. 3 In der Stadt Zürich werden das Gemeindeparlament als Gemeinderat und der Gemeindevorstand als Stadtrat bezeichnet.</p> |
| | 011 | |
| <p>Kreise: a. Stadtkreise</p> <p>Art. 4 ¹ Das Stadtgebiet ist in folgende zwölf Stadtkreise eingeteilt:</p> <p>a. Kreis 1: Altstadt;</p> <p>b. Kreis 2: Enge, Wollishofen und Leimbach;</p> <p>c. Kreis 3: Wiedikon und Friesenberg;</p> <p>d. Kreis 4: Aussersihl;</p> <p>e. Kreis 5: Industriequartier;</p> <p>f. Kreis 6: Unterstrass und Oberstrass;</p> <p>g. Kreis 7: Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Witikon;</p> <p>h. Kreis 8: Riesbach;</p> <p>i. Kreis 9: Albisrieden und Altstetten;</p> <p>j. Kreis 10: Wipkingen und Höngg;</p> <p>k. Kreis 11: Oerlikon, Seebach und Affoltern;</p> <p>l. Kreis 12: Schwamendingen.</p> | 012 | <p><u>Kreise</u> a. <u>Stadt-</u> <u>kreise, Stadt-</u> <u>plan</u></p> <p>Art. 4 ¹ Das Stadtgebiet ist in folgende zwölf Stadtkreise eingeteilt:</p> <p>a. Kreis 1: Altstadt;</p> <p>b. Kreis 2: Enge, Wollishofen und Leimbach;</p> <p>c. Kreis 3: Wiedikon und Friesenberg;</p> <p>d. Kreis 4: Aussersihl;</p> <p>e. Kreis 5: Industriequartier;</p> <p>f. Kreis 6: Unterstrass und Oberstrass;</p> <p>g. Kreis 7: Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Witikon;</p> <p>h. Kreis 8: Riesbach;</p> <p>i. Kreis 9: Albisrieden und Altstetten;</p> <p>j. Kreis 10: Wipkingen und Höngg;</p> <p>k. Kreis 11: Oerlikon, Seebach und Affoltern;</p> <p>l. Kreis 12: Schwamendingen.</p> |
| <p>² Für die Abgrenzung der einzelnen Kreise massgebend ist der im geografischen Informationssystem der Stadt veröffentlichte digitale Stadtplan betreffend die städtischen Verwaltungskreise.</p> | 013 | <p>² Für die Abgrenzung der einzelnen Kreise massgebend ist der im geografischen Informationssystem der Stadt veröffentlichte digitale Stadtplan.</p> |
| <p>[Vgl. Zeile 444]</p> | 013 a | <p>³ Der digitale Stadtplan <u>gemäss Abs. 2</u> entspricht <u>zum</u> Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung dem gelten-</p> |

| | | | |
|-------------------------------------|---|-----|---|
| | | | den, im Stadtarchiv liegenden Stadtplan. |
| | | 014 | |
| b. Betreibungs- und Stadtamtskreise | Art. 5 ¹ Die Stadtkreise bilden die Betreibungs- und Stadtamtskreise. | 015 | b. Betreibungs- und Stadtamtskreise Art. 5 ¹ Die <u>Betreibungs- und Stadtamtskreise werden aus den Stadtkreisen gebildet.</u> |
| | ² Ein Betreibungs- und Stadtamtskreis kann auch mehrere Stadtkreise umfassen. | 016 | ² Ein Betreibungs- und Stadtamtskreis <u>kann mehrere</u> Stadtkreise umfassen. |
| | | 017 | |
| c. Friedensrichterkreise | Art. 6 ¹ Die Stadtkreise bilden die Friedensrichterkreise. | 018 | c. Friedensrichterkreise Art. 6 ¹ Die <u>Friedensrichterkreise werden aus den Stadtkreisen gebildet.</u> |
| | ² Ein Friedensrichterkreis kann auch mehrere Stadtkreise umfassen. | 019 | ² Ein Friedensrichterkreis <u>kann mehrere</u> Stadtkreise umfassen. |
| | | 020 | |
| d. Schulkreise | Art. 7 Für die Volksschule bestehen folgende sieben Schulkreise: a. Schulkreis Uto: Stadtkreis 2 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet südlich der Birmensdorferstrasse; b. Schulkreis Letzi: Stadtkreis 9; c. Schulkreis Limmattal: Stadtkreise 4 und 5 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet nördlich der Birmensdorferstrasse; d. Schulkreis Waidberg: Stadtkreise 6 und 10; e. Schulkreis Zürichberg: Stadtkreise 1, 7 und 8; f. Schulkreis Glattal: Stadtkreis 11; g. Schulkreis Schwamendingen: Stadtkreis 12. | 021 | d. Schulkreise Art. 7 Für die Volksschule bestehen folgende sieben Schulkreise: a. Schulkreis Uto: Stadtkreis 2 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet südlich der Birmensdorferstrasse; b. Schulkreis Letzi: Stadtkreis 9; c. Schulkreis Limmattal: Stadtkreise 4 und 5 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet nördlich der Birmensdorferstrasse; d. Schulkreis Waidberg: Stadtkreise 6 und 10; e. Schulkreis Zürichberg: Stadtkreise 1, 7 und 8; f. Schulkreis Glattal: Stadtkreis 11; g. Schulkreis Schwamendingen: Stadtkreis 12. |

| | | | |
|--------------------|---|-----|--|
| | | 022 | |
| e. Wahlkreise | Art. 8 ¹ Für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats bilden die Stadtkreise 1 und 2, 4 und 5 sowie 7 und 8 je einen Wahlkreis. Die übrigen Stadtkreise bilden je einen eigenen Wahlkreis. | 023 | e. Wahlkreise Art. 8 ¹ Für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats bilden die Stadtkreise 1 und 2, 4 und 5 sowie 7 und 8 je einen Wahlkreis; die übrigen Stadtkreise bilden je einen eigenen Wahlkreis. |
| | ² Für die Wahl der Mitglieder des Stadtrats und der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten bildet das Stadtgebiet einen einzigen Wahlkreis. | 024 | ² Für die Wahl der Mitglieder des Stadtrats und der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten bildet das Stadtgebiet einen einzigen Wahlkreis. |
| | ³ Für die Wahl der Mitglieder der Kreisschulbehörden sowie für deren Präsidentinnen und Präsidenten bilden die Schulkreise die Wahlkreise. | 025 | ³ Für die Wahl der Mitglieder der Kreisschulbehörden sowie für deren Präsidentinnen und Präsidenten bilden die Schulkreise die Wahlkreise. |
| | ⁴ Für die Wahl der Friedensrichterinnen und -richter bilden die Friedensrichterkreise die Wahlkreise. | 026 | ⁴ Für die Wahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter bilden die Friedensrichterkreise die Wahlkreise. |
| | | 027 | |
| | 2. Teil: Aufgaben und Ziele | 028 | 2. Teil: Aufgaben und Ziele |
| Allgemeines | Art. 9 ¹ Die Stadt besorgt alle öffentlichen Angelegenheiten, die sie selbst zu ordnen befugt ist oder die ihr der Kanton überträgt. | 029 | Allgemeines Art. 9 ¹ Die Stadt besorgt alle öffentlichen Angelegenheiten, die sie selbst zu ordnen befugt ist oder die ihr der Kanton überträgt. |
| | ² Sie fördert die Wohlfahrt und das harmonische Zusammenleben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. | 030 | ² Sie fördert die Wohlfahrt und das harmonische Zusammenleben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. |
| | ³ Sie wahrt das Ansehen und die Interessen des Gemeinwesens. | 031 | ³ Sie wahrt das Ansehen und die Interessen des Gemeinwesens. |
| | | 032 | |
| Natürliche Lebens- | Art. 10 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz und | 033 | Natürliche Lebens- Art. 10 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz und die Er- |

| | | | | |
|------------|--|----------|--------------------------------|--|
| grundlagen | die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Sie verpflichtet sich zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. | | grundlagen | haltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. |
| | | 033 a | | ² Sie verpflichtet sich zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. |
| | ² Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein, insbesondere für: a. eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner; b. eine Reduktion des CO ₂ -Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr; c. die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen; d. die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima. | 034 | | ³ Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein, insbesondere für: a. eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner; b. eine Reduktion des CO₂ -Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr; c. die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen; d. die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima. |
| | ³ Sie verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen. | 035 | | ⁴ Sie verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen. |
| | | 036 | | |
| Verkehr | Art. 11 ¹ Die Stadt trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs. | 037 | Verkehr a. Grundsatz | Art. 11 ¹ Die Stadt trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs. |
| | ² Sie setzt konsequent auf den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und den Veloverkehr und fördert insbesondere die Tan- | 038 | | ² Sie setzt konsequent auf den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und den Veloverkehr und fördert insbesondere die Tan- |

| | | |
|--|----------|---|
| <p>gentialverbindungen des öffentlichen Verkehrs und ein durchgehendes Veloroutennetz entlang oder parallel der Hauptachsen. Zu diesem Veloroutennetz gehören auch Veloschnellrouten, welche gegenüber Querungen in der Regel vortrittsberechtigt sind. Zudem sind diese Veloschnellrouten grundsätzlich frei vom motorisierten Individualverkehr, wobei der Stadtrat die Ausnahmen regelt, so namentlich für die Anwohnenden, das Gewerbe, die Blaulichtorganisationen sowie für mobilitätsbehinderte Personen.</p> | | <p>gentialverbindungen des öffentlichen Verkehrs und ein durchgehendes Veloroutennetz entlang <u>der</u> oder parallel <u>zu den</u> Hauptachsen.</p> |
| | 038 a | |
| | 038 b | <p><u>b. Veloschnellrouten</u> Art. 12¹ Zu diesem Veloroutennetz gehören auch Veloschnellrouten, die gegenüber Querungen in der Regel vortrittsberechtigt sind.</p> |
| | 038 c | <p><u>2 Die Veloschnellrouten sind</u> grundsätzlich frei vom motorisierten Individualverkehr.</p> |
| | 038 d | <p><u>3 Der Stadtrat regelt die Ausnahmen, insbesondere</u> für die <u>Anwohnerinnen und Anwohner</u>, das Gewerbe, die Blaulichtorganisationen sowie für mobilitätsbehinderte Personen.</p> |
| | 038 e | |
| <p>³ Der Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen ist nur unter der Bedingung zulässig, dass sich die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht. Die Stadt handelt nach diesem Grundsatz im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten und vertritt ihn gegenüber übergeordneten Stellen.</p> | 039 | <p><u>c. Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen</u> Art. 13¹ Der Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen ist nur unter der Bedingung zulässig, dass sich die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht.</p> |

| | | | | |
|------------------------------|---|----------|------------------------------|--|
| | | 039 a | | <u>2</u> Die Stadt handelt nach diesem Grundsatz im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten und vertritt ihn gegenüber übergeordneten Stellen. |
| | | 039 b | | |
| Schutz von Grünraum | Art. 12 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für die Sicherung von öffentlichem Grünraum auf dem gesamten Gemeindegebiet und in allen Quartieren ein. | 040 | Schutz von Grünraum | Art. <u>14</u> ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für die Sicherung von öffentlichem Grünraum auf dem gesamten Stadtgebiet und in allen Quartieren ein. |
| | ² Sie ergreift Massnahmen, um unversiegeltes Land zu schützen und zu vernetzen, um dessen Qualität als Naherholungsgebiet sowie dessen ökologische Funktion langfristig zu gewährleisten. | 041 | | ² Sie ergreift Massnahmen, um unversiegeltes Land zu schützen und zu vernetzen, um dessen Qualität als Naherholungsgebiet sowie dessen ökologische Funktion langfristig zu gewährleisten. |
| | ³ Sie sorgt dafür, dass in allen Quartieren ökologisch wertvoller, multifunktionaler und der Nutzungsdichte entsprechender Grünraum besteht. | 042 | | ³ Sie sorgt dafür, dass in allen Quartieren ökologisch wertvoller, multifunktionaler und der Nutzungsdichte entsprechender Grünraum besteht. |
| | | 043 | | |
| Lokale Wirtschaft | Art. 13 Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein. | 044 | Lokale Wirtschaft | Art. <u>15</u> Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein. |
| | | 045 | | |
| Familienergänzende Betreuung | Art. 14 ¹ Die Stadt gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht. | 046 | Familienergänzende Betreuung | Art. <u>16</u> ¹ Die Stadt gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht. |

| | | |
|---|----------|---|
| <p>² Eine vom Gemeinderat zu erlassende Verordnung regelt den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen.</p> | 047 | <p>² Der Gemeinderat erlässt eine Verordnung, die den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen regelt.</p> |
| | 048 | |
| <p>Preisgünstiger Wohnraum Art. 15 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und Gewerberäumen ein und verpflichtet sich dem Ziel einer sozialen Durchmischung in allen Quartieren und der Sicherung von Familienwohnungen.</p> | 049 | <p>Preisgünstiger Wohnraum a. Grundsatz Art. 17 Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und Gewerberäumen ein und verpflichtet sich dem Ziel einer sozialen Durchmischung in allen Quartieren und der Sicherung von Familienwohnungen.</p> |
| | 049 a | |
| <p>² Sie sorgt mit gezielten Massnahmen dafür, dass auch ein genügender Anteil ökologisch vorbildlicher Wohnungen preisgünstig zur Verfügung gestellt wird.</p> | 050 | <p>b. Massnahmen und Ziele Art. 18 ¹ Die Stadt sorgt mit gezielten Massnahmen dafür, dass auch ein genügender Anteil ökologisch vorbildlicher Wohnungen preisgünstig zur Verfügung gestellt wird.</p> |
| <p>³ Sie sorgt in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnerinnen oder Partnern für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen.</p> | 051 | <p>² Sie sorgt in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnerinnen oder Partnern für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen.</p> |
| <p>⁴ Sie sorgt dafür, dass sich die Zahl der Wohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip kostendeckender Mieten verpflichtet sind, stetig erhöht. Sie strebt einen Anteil von einem Drittel an allen Mietwohnungen an; ausgenommen von dieser Berechnung sind Wohnungen und Einfamilienhäuser im selbstgenutzten Eigentum.</p> | 052 | <p>³ Sie sorgt dafür, dass sich die Zahl der Wohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip kostendeckender Mieten verpflichtet sind, stetig erhöht.</p> |
| | 052 a | <p>⁴ Sie strebt bei den Wohnungen gemäss Abs. 3 einen Anteil von einem Drittel an allen Mietwohnungen an; ausgenommen</p> |

| | | | |
|-----------------------|----------|--|--|
| | | | von dieser Berechnung sind Wohnungen und Einfamilienhäuser im selbstgenutzten Eigentum. |
| | 052 b | | |
| | 053 | c. Rechenschaftsbericht | Art. 19 Über das Erreichen dieser Ziele legt der Stadtrat dem Gemeinderat alle vier Jahre Rechenschaft ab, namentlich über: a. die Entwicklung des Anteils der gemeinnützigen und der subventionierten Wohnungen durch Erwerb, Neubau und Ersatzneubau; b. die Entwicklung des Angebots an Wohnungen für Familien und für ältere Menschen; c. die getroffenen Massnahmen für den Erhalt und die Schaffung preisgünstiger, ökologisch vorbildlicher Wohnungen. |
| | 054 | | |
| Soziale Durchmischung | | 055 Soziale Durchmischung a. Grundsatz | Art. 20 Im Interesse einer guten sozialen Durchmischung der städtischen Bevölkerung und der kleingewerblichen Versorgung fördert die Stadt die Bereitstellung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum. |
| | 055 a | | |
| | 056 | b. Wohnraum | Art. 21 ¹ Die Stadt bewirtschaftet und vermietet die im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellten kommunalen Wohnsiedlungen und ihre übrigen Wohnliegenschaften ohne Beanspruchung von Steuergeldern und ohne Gewinnabsicht grundsätzlich nach dem Prinzip der Kostenmiete. |
| | | | ² Zu diesem Zweck bewirtschaftet und vermietet die Stadt nicht nur die im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellten kommunalen Wohnsiedlungen, sondern auch ihre übrigen Wohnliegenschaften ohne Beanspruchung von Steuergeldern und ohne Gewinnabsicht grundsätzlich nach dem Prinzip der Kostenmiete. Dabei stützt sie sich hinsichtlich Investitions- und Kapitalkosten, Abschreibungen und Erneuerungs-Rückstellungen sinngemäss auf die anerkannten |

| | | |
|--|----------|--|
| <p>Grund-sätze der Wohnbauförderung für gemeinnützige Bau-träger. Der Gemeinderat erlässt hierzu eine Verordnung.</p> | | |
| | 056 a | <p>² <u>Sie stützt sich</u> hinsichtlich Investitions- und Kapitalkosten, Abschreibungen und Erneuerungs-Rückstellungen sinngemäss auf die anerkannten <u>Grundsätze</u> der Wohnbauförderung für gemeinnützige <u>Bauträgerinnen und Bauträger</u>.</p> |
| | 056 b | <p>³ Der Gemeinderat erlässt hierzu eine Verordnung.</p> |
| | 056 c | |
| <p>³ Preisgünstige Gewerberäume für ertragsschwaches, förderungswürdiges Kleingewerbe werden durch die Stadt gezielt zur Verfügung gestellt. Das Nähere bestimmt eine Verordnung.</p> | 057 | <p><u>c. Gewerbe- raum</u> <u>Art. 22</u> ¹ Die Stadt stellt gezielt <u>preisgünstige</u> Gewerberäume für ertragsschwaches, förderungswürdiges <u>Kleingewerbe</u> zur <u>Verfügung</u>.</p> |
| | 057 a | <p>² <u>Der Gemeinderat erlässt hierzu eine Verordnung.</u></p> |
| | 057 b | |
| <p>⁴ Spezielle Wohnobjekte, die für die Versorgung der Bevölkerung nicht erforderlich sind, werden durch Genehmigung des Gemeinderats von diesen Bestimmungen ausgenommen. Geschäftsräume, die nicht kleingewerblich genutzt werden, sind generell von diesen Bestimmungen ausgenommen.</p> | 058 | <p><u>d. Ausnah- men</u> <u>Art. 23</u> ¹ Spezielle Wohnobjekte, die für die Versorgung der Bevölkerung nicht erforderlich sind, werden durch Genehmigung des Gemeinderats von diesen Bestimmungen ausge- nommen.</p> |
| | 058 a | <p>² Geschäftsräume, die nicht kleingewerblich genutzt werden, sind generell von diesen Bestimmungen ausgenommen.</p> |
| | 059 | |

| | | | | |
|--|--|-----|--|--|
| 3. Teil: Die Stimmberechtigten | | 060 | 3. Teil: Die Stimmberechtigten | |
| I. Organstellung | | 061 | I. Organstellung | |
| Oberstes Organ | Art. 17 ¹ Die Stimmberechtigten sind als Souverän der Stadt ihr oberstes Organ. | 062 | Oberstes Organ | Art. 24 ¹ Die Stimmberechtigten sind <u>das oberste Organ der Stadt.</u> |
| ² Sie üben ihr Stimm- und Wahlrecht an der Urne aus. | | 063 | ² Sie üben ihr Stimm- und Wahlrecht an der Urne aus. | |
| | | 064 | | |
| II. Politische Rechte | | 065 | II. Politische Rechte | |
| Ausübung | Art. 18 ¹ Das Recht, an Abstimmungen und Wahlen der Stadt teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richtet sich nach der Kantonsverfassung und dem Gesetz über die politischen Rechte. | 066 | Ausübung der Rechte | Art. 25 ¹ Das Recht, an Abstimmungen und Wahlen der Stadt teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richtet sich nach der Kantonsverfassung ¹ und dem Gesetz über die politischen Rechte ² . |
| ² Das Initiativ- und Referendumsrecht richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte sowie der Gemeindeordnung. | | 067 | ² Das <u>Initiativrecht</u> und <u>das</u> Referendumsrecht <u>richten</u> sich nach dem Gesetz über die politischen <u>Rechte.</u> | |
| | | 068 | | |
| Wohnsitzpflicht | Art. 19 Für die Wahl in folgende städtische Organe und Behörden ist der politische Wohnsitz in der Stadt erforderlich: a. Gemeinderat; b. Stadtrat; | 069 | Wohnsitzpflicht | Art. 26 Für die Wahl in folgende städtische Organe und Behörden der politische Wohnsitz in der Stadt erforderlich: a. Gemeinderat; b. Stadtrat; c. Schulpflege und Kreisschulbehörden; |

¹ vom 27. Februar 2005, LS 101.

² vom 1. September 2003, LS 161.

| | | | |
|-------------|---|----------|--|
| | <ul style="list-style-type: none"> c. Schulpflege und Kreisschulbehörden; d. Sozialbehörde; e. Kreiswahlbüros; f. Friedensrichterinnen und Friedensrichter; g. Betriebsbeamtinnen und -beamte (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner). | | <ul style="list-style-type: none"> d. Sozialbehörde; e. Kreiswahlbüros; f. Friedensrichterinnen und Friedensrichter; g. Betriebsbeamtinnen und Betriebsbeamte (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner). |
| | | 070 | |
| Verfahren | Art. 20 Der Stadtrat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Abstimmungs- und Wahltermine fest und regelt die Öffnungszeiten der Stimmlokale. | 071 | Wahlleitende Behörde Art. 27 ¹ Der Stadtrat ist wahlleitende Behörde. |
| | | 071 a | ² Er setzt die Abstimmungs- und Wahltermine fest und regelt die Öffnungszeiten der Stimmlokale. |
| | | 072 | |
| Urnenwahlen | Art. 21 Die Stimmberechtigten wählen auf die gesetzliche Amtsdauer: <ul style="list-style-type: none"> a. die Mitglieder des Gemeinderats; b. die Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten des Stadtrats; c. die Mitglieder und die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden; d. die Friedensrichterinnen und -richter; e. die Betriebsbeamtinnen und -beamte (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner). | 073 | Urnenwahlen Art. 28 Die Stimmberechtigten wählen für die gesetzliche Amtsdauer: <ul style="list-style-type: none"> a. die Mitglieder des Gemeinderats; b. die Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten des Stadtrats; c. die Mitglieder und die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden; d. die Friedensrichterinnen und Friedensrichter; e. die Betriebsbeamtinnen und Betriebsbeamten (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner). |
| | | 074 | |

| | | | | |
|--|--|----------|--|--|
| Mehrheitswahlverfahren: a. Stadtrat | Art. 22 Die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der Mitglieder des Stadtrats werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt. | 075 | <u>Mehrheitswahlverfahren</u> a. Stadtrat | Art. <u>29</u> Die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der Mitglieder des Stadtrats werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt. |
| | | 076 | | |
| b. Übrige Organe | Art. 23 Für die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der übrigen im Mehrheitswahlverfahren zu wählenden Organe gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen der stillen Wahl nicht erfüllt, werden gedruckte Wahlvorschläge verwendet. | 077 | b. <u>übrige</u> Organe | Art. <u>30</u> ¹ Für die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der übrigen im Mehrheitswahlverfahren zu wählenden Organe gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. |
| | | 077 a | | ² Sind die Voraussetzungen der stillen Wahl nicht erfüllt, werden gedruckte Wahlvorschläge verwendet. |
| | | 078 | | |
| Initiative: a. Gegenstände | Art. 24 Mit einer Volksinitiative oder einer Einzelinitiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Beschlusses über alle Gegenstände verlangt werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen. | 079 | <u>Initiative</u> a. Gegenstände | Art. <u>31</u> Mit einer Volksinitiative oder einer Einzelinitiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Beschlusses über alle Gegenstände verlangt werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen. |
| | | 080 | | |
| b. Urheber-schaft | Art. 25 ¹ Mindestens 3000 Stimmberechtigte können eine Volksinitiative einreichen. | 081 | b. Urheber-schaft | Art. <u>32</u> ¹ Mindestens 3000 Stimmberechtigte können eine Volksinitiative einreichen. |
| | ² Eine einzelne Stimmberechtigte oder ein einzelner Stimmberechtigter oder mehrere Stimmberechtigte können eine Einzelinitiative einreichen. Für die vorläufige Unterstützung einer Einzelinitiative ist die Zustimmung von 42 Mitgliedern des Gemeinderats erforderlich. | 082 | | ² Eine einzelne Stimmberechtigte oder ein einzelner Stimmberechtigter oder mehrere Stimmberechtigte können eine Einzelinitiative einreichen. |

| | | | |
|--|--|----------|---|
| | | 082 a | ³ Für die vorläufige Unterstützung einer Einzelinitiative ist die Zustimmung von 42 Mitgliedern des Gemeinderats erforderlich. |
| | ³ Bei Verfehlen des Unterstützungsquorums für die Volksinitiative gemäss Abs. 1 wird das Begehren als Einzelinitiative behandelt. | 083 | ⁴ Bei Verfehlen des Unterstützungsquorums für die Volksinitiative gemäss Abs. 1 wird das Begehren als Einzelinitiative behandelt. |
| | | 084 | |
| c. Einreichung | Art. 26 Volksinitiativen sind dem Stadtrat, Einzelinitiativen der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen. | 085 | c. Einreichung Art. 33 Volksinitiativen sind beim Stadtrat, Einzelinitiativen bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen. |
| | | 086 | |
| Obligatorisches Referendum: a. Allgemeine Zuständigkeiten | Art. 27 Die Stimmberechtigten entscheiden über: a. die Gemeindeordnung; b. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, insbesondere, wenn städtische Kernaufgaben betroffen sind oder Vermögenswerte von mehr als Fr. 20 000 000.– übertragen werden; c. Grössere Änderungen an den Kreisgrenzen; d. Verträge über Änderungen des Gemeindegebiets, sofern sie sich auf sehr grosse oder grössere bewohnte Flächen erstrecken; e. Verträge mit anderen Gemeinden über die freiwillige Vereinigung mit der Stadt; f. Verträge mit Gemeinden über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts; | 087 | Obligatorisches Referendum a. allgemeine Zuständigkeit Art. 34 Die Stimmberechtigten entscheiden über: a. die Gemeindeordnung; b. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, insbesondere, wenn städtische Kernaufgaben betroffen sind oder Vermögenswerte von mehr als Fr. 20 000 000.– übertragen werden; c. grössere Änderungen an den Kreisgrenzen; d. Verträge über Änderungen des Stadtgebiets , sofern sie sich auf sehr grosse Flächen oder grössere bewohnte Flächen erstrecken; e. Verträge mit anderen Gemeinden über die freiwillige Vereinigung mit der Stadt; f. Verträge mit Gemeinden über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts; |

| | | |
|--|-----|---|
| <p>g. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge, wenn die Stadt hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben durch die Stimmberechtigten zu bewilligen sind.</p> | | <p>g. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge, wenn die Stadt hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben durch die Stimmberechtigten zu bewilligen sind.</p> |
| | 088 | |
| <p>b. Ausgaben Art. 28 ¹ Die Stimmberechtigten entscheiden über:</p> <p>a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck;</p> <p>b. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck;</p> <p>c. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen;</p> <p>d. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft;</p> <p>e. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 1 000 000.–.</p> | 089 | <p>b. Ausgaben Art. 35 ¹ Die Stimmberechtigten entscheiden über:</p> <p>a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck;</p> <p>b. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck;</p> <p>c. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen;</p> <p>d. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft;</p> <p>e. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 1 000 000.–.</p> |
| <p>² Die Erhöhung einer von den Stimmberechtigten beschlossenen Ausgabe ohne Änderung des Zwecks untersteht lediglich dem fakultativen Referendum, sofern sie unter den Beträgen nach Abs. 1 liegt.</p> | 090 | <p>² Die Erhöhung einer von den Stimmberechtigten beschlossenen Ausgabe ohne Änderung des Zwecks untersteht lediglich dem fakultativen Referendum, sofern sie unter den Beträgen gemäss Abs. 1 liegt.</p> |
| | 091 | |
| <p>Fakultatives Referendum: a. Gegenstände</p> <p>Art. 29 Die Stimmberechtigten entscheiden auf Verlangen über Beschlüsse des Gemeinderats, sofern diese nicht durch das übergeordnete Recht oder durch die Gemeindeordnung von der Volksabstimmung ausgenommen sind.</p> | 092 | <p>Fakultatives Referendum a. Gegenstände</p> <p>Art. 36 Die Stimmberechtigten entscheiden auf Verlangen über Beschlüsse des Gemeinderats, sofern diese nicht durch das übergeordnete Recht oder durch die Gemeindeordnung von der Volksabstimmung ausgenommen sind.</p> |

| | | |
|--|-----|---|
| | 093 | |
| <p>b. Ausschluss Art. 30 Folgende Beschlüsse des Gemeinderats sind von der Volksabstimmung ausgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Wahlen und Personalgeschäfte; b. Festsetzung des Budgets und des Steuerfusses sowie Nachtragskredite und Globalbudgetergänzungen; c. Genehmigung der Rechnungen und der Geschäftsberichte; d. die Bewilligung von Objektkrediten als Teil eines bewilligten Rahmenkredits; e. die Bewilligung von Informatikausgaben; f. Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben; g. Genehmigung von Erlassen, Beschlüssen und Wahlakten; h. Kenntnisnahmen von Berichten des Stadtrats; i. Beschlüsse formeller Natur, Verfahrensentscheide über die Anwendung der Geschäftsordnung und parlamentarische Vorstösse; j. Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen, insbesondere über deren Gültigkeit; k. Behördeninitiativen an den Kantonsrat; l. Ablehnende Beschlüsse, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen; m. Beschlüsse über die Ergreifung des Gemeindereferendums; n. Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Löhne. | 094 | <p>b. <u>Ausnahmen</u></p> <p>Art. 37 Folgende Beschlüsse des Gemeinderats sind von der Volksabstimmung ausgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Wahlen und Personalgeschäfte; b. <u>die</u> Festsetzung des Budgets und des Steuerfusses sowie Nachtragskredite und <u>Globalbudget-Ergänzungen</u>; c. <u>die</u> Genehmigung der Rechnungen und der Geschäftsberichte; d. die Bewilligung von Objektkrediten als Teil eines bewilligten Rahmenkredits; e. die Bewilligung von Informatikausgaben; f. <u>die</u> Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben; g. <u>die</u> Genehmigung von Erlassen, Beschlüssen und Wahlakten; h. <u>die</u> Kenntnisnahme von Berichten des Stadtrats; i. Beschlüsse formeller <u>Natur</u>; <u>j.</u> Verfahrensentscheide über die Anwendung der Geschäftsordnung; <u>k.</u> <u>parlamentarische</u> Vorstösse; <u>l.</u> Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen, insbesondere über deren Gültigkeit; <u>m.</u> Behördeninitiativen an den Kantonsrat; <u>n.</u> <u>ablehnende</u> Beschlüsse, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen; <u>o.</u> Beschlüsse über die Ergreifung des Gemeinde- |

| | | | |
|-------------------------------|--|-----|--|
| | | | referendums; p. Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Löhne. |
| | 095 | | |
| c. Urheber-schaft | Art. 31 Eine Volksabstimmung können schriftlich verlangen: a. mindestens 2000 Stimmberechtigte innert 60 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Parlamentsbeschlusses (Volksreferendum); b. ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderats innert 14 Tagen nach der Beschlussfassung (Parlamentsreferendum). | 096 | c. Urheber-schaft Art. 38 Eine Volksabstimmung können schriftlich verlangen: a. mindestens 2000 Stimmberechtigte innert 60 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Parlamentsbeschlusses (Volksreferendum); b. ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderats innert 14 Tagen nach der Beschlussfassung (Parlamentsreferendum). |
| | 097 | | |
| d. Einreichung | Art. 32 Volksreferenden sind dem Stadtrat, Parlamentsreferenden der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen. | 098 | d. Einreichung Art. 39 Volksreferenden sind beim Stadtrat, Parlamentsreferenden bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen. |
| | 099 | | |
| | 4. Teil: Der Gemeinderat | 100 | 4. Teil: Der Gemeinderat |
| | I. Organstellung | 101 | I. Organstellung |
| Funktion und Zusammen-setzung | Art. 33 ¹ Der Gemeinderat ist das Parlament und politische Kontrollorgan der Stadt. | 102 | Funktion. Zu-sammen-setzung Art. 40 ¹ Der Gemeinderat ist das Parlament und politische Kontrollorgan der Stadt. |
| | ² Er besteht aus 125 Mitgliedern. | 103 | ² Er setzt sich aus 125 Mitgliedern zusammen . |
| | | 104 | |
| Wahl und Quorum | Art. 34 ¹ Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats erfolgt nach dem Verhältniswahlverfahren. | 105 | Wahl und Quorum Art. 41 ¹ Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats erfolgt nach dem Verhältniswahlverfahren. |

| | | | | |
|-------------------------------------|---|-------|---|--|
| | 2 Die Stimmberechtigten jedes Wahlkreises wählen ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Zahl, die der Wohnbevölkerung gemäss der statistischen Erhebung der Stadt per Stichdatum 31. März des Vorwahljahres entspricht. | 106 | | 2 Die Stimmberechtigten jedes Wahlkreises wählen ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Zahl, die der Wohnbevölkerung gemäss der statistischen Erhebung der Stadt per Stichdatum 31. März des Vorwahljahres entspricht. |
| | 3 Eine Listengruppe gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn wenigstens eine ihrer Listen mindestens 5 Prozent aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises erhalten hat. | 107 | | 3 Eine Listengruppe gemäss Gesetz über die politischen Rechte nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn wenigstens eine ihrer Listen mindestens fünf Prozent aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises erhalten hat. |
| | | 108 | | |
| | II. Organisation | 109 | | II. Organisation |
| Gemeindeerlass und Geschäftsleitung | Art. 35 1 Der Gemeinderat regelt seine Organisation in einem Gemeindeerlass. | 110 | Geschäftsordnung, Geschäftsleitung | Art. 42 1 Der Gemeinderat regelt seine Organisation in einer Verordnung (Geschäftsordnung) . |
| | 2 Er bestellt eine Geschäftsleitung. | 111 | | 2 Er bestellt eine Geschäftsleitung. |
| | | 112 | | |
| Interessensbindungen | Art. 36 1 Die Mitglieder des Gemeinderats legen ihre Interessensbindungen offen. Das Amtsgeheimnis und das Berufsgeheimnis bleiben vorbehalten. | 113 | Interessensbindungen | Art. 43 1 Die Mitglieder des Gemeinderats legen ihre Interessensbindungen offen. |
| | | 113 a | | 2 Das Amtsgeheimnis und das Berufsgeheimnis bleiben vorbehalten. |
| | 2 Der Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung. | 114 | | 3 Die Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung. |
| | | 115 | | |
| Parlamentsdienste | Art. 37 1 Der Ratsbetrieb wird durch verwaltungsunabhängige Parlamentsdienste unterstützt. | 116 | Parlamentsdienste | Art. 44 1 Der Ratsbetrieb wird durch verwaltungsunabhängige Parlamentsdienste unterstützt. |

| | | | | |
|-------------------------------|--|-----|-----------------------------------|---|
| | 2 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste dürfen nicht dem Rat angehören. | 117 | | 2 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste dürfen nicht dem Rat angehören. |
| | 3 Bei personalrechtlichen Anordnungen der Leiterin oder des Leiters der Parlamentsdienste kann bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats ein Begehren um Neuurteilung gestellt werden. Art. 62 Abs. 1 und 2 gelten sinngemäss. | 118 | | 3 Bei personalrechtlichen Anordnungen der Leiterin oder des Leiters der Parlamentsdienste kann bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats ein Begehren um Neuurteilung gestellt werden; Art. 70 Abs. 1 und 2 gelten sinngemäss. |
| | | 119 | | |
| Sitzungen: a. Grundsätze | Art. 38 1 Der Gemeinderat versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern. | 120 | Sitzungen a. Grundsätze | Art. 45 1 Der Gemeinderat versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten, sooft es die Geschäfte erfordern. |
| | 2 Der Stadtrat oder zwanzig Mitglieder des Gemeinderats können schriftlich die Einberufung einer Sitzung beantragen. | 121 | | 2 Der Stadtrat oder zwanzig Mitglieder des Gemeinderats können schriftlich die Einberufung einer Sitzung beantragen. |
| | 3 Zur Gültigkeit der Verhandlungen ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder notwendig. | 122 | | 3 Zur Gültigkeit der Verhandlungen ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder notwendig. |
| | 4 Der Gemeinderat erlässt eine gesetzliche Grundlage für ein virtuelles Parlament in ausserordentlichen Lagen. | 123 | | 4 Der Gemeinderat erlässt eine gesetzliche Grundlage für ein virtuelles Parlament in ausserordentlichen Lagen. |
| | | 124 | | |
| b. Teilnahme des Stadtrats | Art. 39 1 Die Mitglieder des Stadtrats nehmen an den Beratungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teil und haben das Recht, Anträge zu stellen. | 125 | b. Teilnahme des Stadtrats | Art. 46 1 Die Mitglieder des Stadtrats nehmen an den Beratungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teil und haben das Recht, Anträge zu stellen. |
| | 2 Sie sind berechtigt, bei der Vertretung ihrer Anträge vor dem Gemeinderat und dessen Kommissionen Sachverständige oder städtische Angestellte beizuziehen. | 126 | | 2 Sie sind berechtigt, bei der Vertretung ihrer Anträge vor dem Gemeinderat und dessen Kommissionen Sachverständige oder städtische Angestellte beizuziehen. |
| | | 127 | | |

| | | |
|---|----------|---|
| <p>Kommissionen Art. 40 Die Kommissionen des Gemeinderats sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Geschäftsleitung; b. die Rechnungsprüfungskommission; c. die Geschäftsprüfungskommission; d. vorberatende Kommissionen; e. Parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Untersuchung einzelner Geschäfte; f. weitere Kommissionen. | 128 | <p>Kommissionen Art. 47 Die Kommissionen des Gemeinderats sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Geschäftsleitung; b. die Rechnungsprüfungskommission; c. die Geschäftsprüfungskommission; d. vorberatende Kommissionen; e. Parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Untersuchung einzelner Geschäfte; f. weitere Kommissionen. |
| | 129 | |
| <p>Informationsrechte: a. Aktenherausgabe</p> <p>Art. 41 ¹ Der Stadtrat gibt der Rechnungsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungskommission alle für ihre Prüfung erforderlichen Unterlagen heraus.</p> | 130 | <p>Informationsrechte a. Aktenherausgabe</p> <p>Art. 48 ¹ Der Stadtrat gibt der Rechnungsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungskommission alle für ihre Prüfung erforderlichen Unterlagen heraus.</p> |
| <p>² Soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter unerlässlich ist, kann der Stadtrat anstelle der Herausgabe einen besonderen Bericht erstatten.</p> | 131 | <p>² Soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter unerlässlich ist, kann der Stadtrat anstelle der Herausgabe einen besonderen Bericht erstatten.</p> |
| <p>³ Schränkt der Stadtrat die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften ein und hält die Rechnungsprüfungs- oder die Geschäftsprüfungskommission nach Anhörung des Stadtrats und Abwägung der in Frage stehenden Interessen an ihrem Begehren auf Herausgabe der Unterlagen fest, so reicht der Stadtrat beim Bezirksrat ohne Verzug ein Gesuch um Entbindung vom Amtsgeheimnis ein. Bei Genehmigung des Gesuchs stellt er die Akten unverzüglich zur Verfügung.</p> | 132 | <p>³ Schränkt der Stadtrat die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften ein und hält die Rechnungsprüfungskommission oder die Geschäftsprüfungskommission nach Anhörung des Stadtrats und Abwägung der in Frage stehenden Interessen an ihrem Begehren auf Herausgabe der Unterlagen fest, reicht der Stadtrat beim Bezirksrat ohne Verzug ein Gesuch um Entbindung vom Amtsgeheimnis ein.</p> |
| | 132 a | <p>⁴ Bei Genehmigung des Gesuchs stellt er die Akten unverzüglich zur Verfügung.</p> |

| | | | |
|------------------------------|--|-----|--|
| | | 133 | |
| b. Auskünfte | Art. 42 ¹ Die Rechnungsprüfungs- und die Geschäftsprüfungskommission sind befugt, zur Überprüfung der Geschäftsführung des Stadtrats im Einvernehmen mit diesem die erforderlichen mündlichen oder schriftlichen Auskünfte einzuholen. | 134 | b. Auskünfte Art. 49 ¹ Die Rechnungsprüfungskommission und die Geschäftsprüfungskommission sind befugt, zur Überprüfung der Geschäftsführung des Stadtrats im Einvernehmen mit diesem die erforderlichen mündlichen oder schriftlichen Auskünfte einzuholen. |
| | ² Alle städtischen Behördenmitglieder und Angestellten haben ohne Rücksicht auf das Amtsgeheimnis Auskunft zu erteilen. | 135 | ² Alle städtischen Behördenmitglieder und Angestellten haben ohne Rücksicht auf das Amtsgeheimnis Auskunft zu erteilen. |
| | ³ Der Stadtrat darf die Einholung und Erteilung solcher Auskünfte unter Angabe der Gründe einschränken oder verweigern, soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter geboten ist. | 136 | ³ Der Stadtrat darf die Einholung und Erteilung solcher Auskünfte unter Angabe der Gründe einschränken oder verweigern, soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter geboten ist. |
| | | 137 | |
| c. Untersuchungskommissionen | Art. 43 Untersuchungskommissionen stehen die Informationsrechte von Rechnungsprüfungs- und Geschäftsprüfungskommission und darüber hinaus zu: a. das Recht auf Herausgabe sämtlicher für die Untersuchung erforderlicher Akten der Stadtverwaltung; b. das Recht, nach Anhörung des Stadtrats städtische Angestellte einzuvernehmen. | 138 | c. Untersuchungskommissionen Art. 50 Untersuchungskommissionen stehen zu: a. die Informationsrechte der Rechnungsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungskommission; b. das Recht auf die Herausgabe sämtlicher für die Untersuchung erforderlicher Akten der Stadtverwaltung; c. das Recht, nach Anhörung des Stadtrats städtische Angestellte einzuvernehmen. |
| | | 139 | |
| Vorstösse | Art. 44 Jedes Mitglied des Gemeinderats kann Motionen, Postulate, parlamentarische Initiativen, Interpellationen, Anfragen und weitere im Organisationserlass des Gemeinderats vorgesehene Vorstösse einreichen. | 140 | Vorstösse Art. 51 Jedes Mitglied des Gemeinderats kann Motionen, Postulate, parlamentarische Initiativen, Interpellationen, Anfragen und weitere in der Geschäftsordnung vorgesehene Vorstösse einreichen. |
| | | 141 | |

| | | | | |
|-----------------------------|--|-----|-----------------------------------|---|
| Antragsstellung | Art. 45 ¹ Der Gemeinderat beschliesst auf schriftlichen, begründeten Antrag des Stadtrats. | 142 | Antragsstellung | Art. 52 ¹ Der Gemeinderat beschliesst auf schriftlichen, begründeten Antrag des Stadtrats. |
| | ² Handelt es sich um seine Organisation oder um eine parlamentarische Initiative oder einen Beschlussantrag, so beschliesst er auf eigenen Antrag oder auf Antrag einer seiner Kommissionen. | 143 | | ² Handelt es sich um seine Organisation, <u>eine</u> parlamentarische Initiative oder einen Beschlussantrag, beschliesst er auf eigenen Antrag oder auf Antrag einer seiner Kommissionen. |
| | | 144 | | |
| | III. Befugnisse | 145 | | III. Befugnisse |
| Wahlen | Art. 46 Der Gemeinderat wählt: a. aus seiner Mitte die Mitglieder seiner Organe; b. die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten; c. die Mitglieder der Sozialbehörde, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten; d. auf Antrag des Stadtrats die Direktorin oder den Direktor der Finanzkontrolle; e. die Ombudsperson und deren Stellvertretung; f. die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten, wobei der Wahlvorschlag dem Stadtrat vor der Beschlussfassung zur Stellungnahme vorzulegen ist. | 146 | Wahlen | Art. 53 Der Gemeinderat wählt: a. aus seiner Mitte die Mitglieder seiner Organe; b. die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten; c. die Mitglieder der Sozialbehörde, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten; d. auf Antrag des Stadtrats die Direktorin oder den Direktor der Finanzkontrolle; e. die Ombudsperson und deren Stellvertretung; f. die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten, wobei der Wahlvorschlag dem Stadtrat vor der Beschlussfassung zur Stellungnahme vorzulegen ist. |
| | | 147 | | |
| Rechtsetzung: a. Erlasse | Art. 47 Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass von Verordnungen von allgemeiner Wichtigkeit. Dazu gehören insbesondere die wesentlichen Rechtssätze über: a. das Arbeitsverhältnis der Angestellten; | 148 | <u>Rechtsetzung</u> a. Erlasse | Art. 54 ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass von <u>Verordnungen.</u> |

| | | |
|--|----------|--|
| <ul style="list-style-type: none"> b. das Schulwesen; c. die Organisation des Parlaments; d. die Entschädigung von Behördenmitgliedern; e. die Haushaltsführung ohne oder mit Globalbudget; f. das Polizeiwesen; g. Gebühren in wesentlicher Höhe. | | |
| | 148 a | <p>² Er erlässt insbesondere die wesentlichen Bestimmungen über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. das Arbeitsverhältnis der Angestellten; b. das Schulwesen; c. die Organisation des Parlaments; d. die Entschädigung von Behördenmitgliedern; e. die Haushaltsführung mit oder ohne Globalbudget; f. das Polizeiwesen; g. Gebühren in wesentlicher Höhe. |
| | 149 | |
| <p>b. Lohnbestimmungen</p> <p>Art. 48 Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung der Löhne:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrats; b. der Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden; c. der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle; | 150 | <p>b. Lohnbestimmungen</p> <p>Art. 55 Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung der Löhne:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrats; b. der Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden; c. der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle; |

| | | | |
|----------------------------|---|-----|---|
| | d. der Ombudsperson; e. der oder des Datenschutzbeauftragten; f. der Friedensrichterinnen und -richter. | | d. der Ombudsperson; e. der oder des Datenschutzbeauftragten; f. der Friedensrichterinnen und <u>Friedensrichter</u> . |
| | | 151 | |
| Raumplanung | Art. 49 ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung: a. der kommunalen Richt- und Nutzungspläne, mit Ausnahme der Werkpläne und der Quartierpläne; b. der Bau- und Zonenordnung; c. der Sonderbauvorschriften und Gestaltungspläne. | 152 | Raumplanung Art. <u>56</u> ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung: a. der kommunalen <u>Richtpläne</u> und Nutzungspläne mit Ausnahme der Werkpläne und der Quartierpläne; b. der Bau- und Zonenordnung; c. der Sonderbauvorschriften und Gestaltungspläne. |
| | ² Er verabschiedet zuhanden des Kantons die regionalen Richt- und Nutzungspläne. | 153 | ² Er verabschiedet zuhanden des Kantons die regionalen <u>Richtpläne</u> und Nutzungspläne. |
| | | 154 | |
| Verwaltungszuständigkeiten | Art. 50 Der Gemeinderat ist zuständig für: a. die Oberaufsicht über Behörden, Verwaltung und die weiteren Trägerschaften öffentlicher Aufgaben; b. die Begutachtung, die Bereinigung und die Antragstellung in Geschäften, die den Stimmberechtigten vorzulegen sind; c. die Behandlung von Initiativen; d. die Behandlung parlamentarischer Vorstösse; e. die Festlegung der Zahl der Wahlbüromitglieder; f. Ausgliederungen, die nicht dem obligatorischen Referen- | 155 | <u>Verwaltungs-</u> <u>zuständigkeit</u> Art. <u>57</u> Der Gemeinderat ist zuständig für: a. die Oberaufsicht über <u>die</u> Behörden, <u>die</u> Verwaltung und die weiteren Trägerschaften öffentlicher Aufgaben; b. die Begutachtung, die Bereinigung und die Antragstellung in Geschäften, die den Stimmberechtigten vorzulegen sind; c. die Behandlung von Initiativen; d. die Behandlung parlamentarischer Vorstösse; e. die Festlegung der Zahl der Wahlbüromitglieder; f. Ausgliederungen, die nicht dem obligatorischen Referen- |

| | | |
|---|-----|---|
| <p>dum unterstehen;</p> <p>g. kleinere Änderungen an den Kreisgrenzen;</p> <p>h. Verträge über Änderungen des Gemeindegebiets, sofern sie sich auf kleinere bewohnte Flächen beziehen.</p> <p>i. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge mit Gemeinden gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt;</p> <p>j. die alleinige Ergreifung des Gemeindereferendums.</p> | | <p>dum unterstehen;</p> <p>g. kleinere Änderungen an den Kreisgrenzen;</p> <p>h. Verträge über Änderungen des Stadtgebiets, sofern sie sich auf kleinere bewohnte Flächen beziehen;</p> <p>i. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge mit Gemeinden gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt;</p> <p>j. die alleinige Ergreifung des Gemeindereferendums.</p> |
| | 156 | |
| <p>Finanzen: a. Allgemeine Zuständigkeiten</p> <p>Art. 51 Der Gemeinderat ist zuständig für:</p> <p>a. die jährliche Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans;</p> <p>b. die jährliche Festsetzung des Budgets;</p> <p>c. die Bewilligung von Nachtragskrediten und Globalbudgetergänzungen gemäss übergeordnetem und städtischem Recht;</p> <p>d. die jährliche Festsetzung des Steuerfusses;</p> <p>e. die Bezeichnung von Organisationseinheiten, die ein Globalbudget führen;</p> <p>f. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder vom Gemeinderat beschlossen worden sind, sofern eine Kreditüberschreitung vorliegt;</p> <p>g. die jährliche Genehmigung der Jahresrechnung;</p> <p>h. die jährliche Genehmigung des Geschäftsberichts.</p> | 157 | <p>Finanzen a. allgemeine Zuständigkeit</p> <p>Art. 58 Der Gemeinderat ist zuständig für:</p> <p>a. die jährliche Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans;</p> <p>b. die jährliche Festsetzung des Budgets;</p> <p>c. die Bewilligung von Nachtragskrediten und Globalbudget-Ergänzungen gemäss übergeordnetem und städtischem Recht;</p> <p>d. die jährliche Festsetzung des Steuerfusses;</p> <p>e. die Bezeichnung von Organisationseinheiten, die ein Globalbudget führen;</p> <p>f. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder vom Gemeinderat beschlossen worden sind, sofern eine Kreditüberschreitung vorliegt;</p> <p>g. die jährliche Genehmigung der Jahresrechnung;</p> <p>h. die jährliche Genehmigung des Geschäftsberichts.</p> |

| | | | |
|-------------|---|-----|--|
| | | 158 | |
| b. Ausgaben | Art. 52 Der Gemeinderat beschliesst über: | 159 | b. Ausgaben Art. 59 Der Gemeinderat beschliesst über: |
| | <ul style="list-style-type: none"> a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck; b. neue einmalige Informatikausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.–; c. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck; d. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen; e. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich über Fr. 200 000.– bis Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft; f. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 1 000 000.–. | | <ul style="list-style-type: none"> a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck; b. neue einmalige Informatikausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.–; c. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck; d. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen; e. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 200 000.– bis Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft; f. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 1 000 000.–. |
| | | 160 | |
| c. Anlagen | Art. 53 Der Gemeinderat beschliesst über: | 161 | c. Anlagen Art. 60 Der Gemeinderat beschliesst über: |
| | <ul style="list-style-type: none"> a. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 1 000 000.–; b. die tauschweise Abgabe von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 2 000 000.–, ausgenommen wenn dadurch die Durchführung eines amtlichen Quartierplanverfahrens vermieden werden | | <ul style="list-style-type: none"> a. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 1 000 000.–; b. die tauschweise Abgabe von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 2 000 000.–, <u>ausser die Durchführung eines amtlichen Quartierplanverfahrens kann dadurch vermieden werden;</u> |

| | | |
|---|-----|---|
| <p>kann;</p> <p>c. Investitionen in Liegenschaften des Finanzvermögens von mehr als Fr. 2 000 000.–.</p> | | <p>c. Investitionen in Liegenschaften des Finanzvermögens von mehr als Fr. 2 000 000.–.</p> |
| <p>d. Weitere Geschäfte</p> <p>Art. 54 Der Gemeinderat beschliesst über:</p> <p>a. die Gewährung eines Baurechts bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 1 000 000.–;</p> <p>b. die Einräumung von Dienstbarkeiten bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 2 000 000.–, sofern dadurch deren Wert oder Nutzbarkeit wesentlich beeinflusst wird;</p> <p>c. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben.</p> | 162 | <p>d. <u>weitere</u> Geschäfte</p> <p>Art. 61 Der Gemeinderat beschliesst über:</p> <p>a. die Gewährung eines Baurechts bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 1 000 000.–;</p> <p>b. die Einräumung von Dienstbarkeiten bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 2 000 000.–, sofern dadurch deren Wert oder Nutzbarkeit wesentlich beeinflusst wird;</p> <p>c. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben.</p> |
| <p>Ausgabenbremse</p> <p>Art. 55 ¹ Der Zustimmung entweder mindestens der Mehrheit aller Mitglieder des Gemeinderats oder von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen bedürfen Beschlüsse des Gemeinderats über:</p> <p>a. Ausgaben gemäss Art. 52 lit. a und b und die Festsetzung einzelner Budgetkredite gemäss Art. 51 lit. b insoweit, als sie über den Antrag des Stadtrats hinausgehen;</p> <p>b. Nachtragskredite im Sinne von Art. 51 lit. c;</p> <p>c. einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 5 000 000.– oder wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 500 000.– gemäss Art. 52 lit. a und b;</p> | 164 | <p>Ausgabenbremse</p> <p>Art. 62 ¹ <u>Die folgenden Beschlüsse erfordern die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder des Gemeinderats oder zwei Drittel der abgegebenen Stimmen:</u></p> <p>a. Ausgaben gemäss Art. 59 lit. a und c und die Festsetzung einzelner Budgetkredite gemäss Art. 58 lit. b insoweit, als sie über den Antrag des Stadtrats hinausgehen;</p> <p>b. Nachtragskredite im Sinne von Art. 58 lit. c;</p> <p>c. einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 5 000 000.– oder wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 500 000.– gemäss Art. 59 lit. a und c.</p> |
| <p>² Das Zustimmungsquorum gilt auch für Anträge an die</p> | 166 | <p>² Das Zustimmungsquorum gilt auch für Anträge an die</p> |

| | | |
|--|----------|--|
| Stimmberechtigten zur Bewilligung neuer Ausgaben. | | Stimmberechtigten zur Bewilligung neuer Ausgaben. |
| ³ Bei der Beschlussfassung und Antragstellung des Gemeinderats zu Initiativen findet dieser Artikel keine Anwendung. | 167 | ³ Bei der Beschlussfassung und Antragstellung des Gemeinderats zu Initiativen findet dieser Artikel keine Anwendung. |
| | 168 | |
| IV. Kinder und Jugendliche | 169 | IV. Kinder und Jugendliche |
| Jugendvorstoss Art. 56 ¹ Mindestens 60 Kinder und Jugendliche zwischen dem vollendeten 12. und dem vollendeten 18. Altersjahr mit Wohnsitz in der Stadt können dem Ratspräsidium einen Jugendvorstoss im Sinne eines Postulats einreichen. | 170 | Jugendvorstoss <u>a. Grundsatz</u> Art. 63 ¹ Mindestens 60 Kinder und Jugendliche zwischen dem vollendeten 12. und dem vollendeten 18. Altersjahr mit Wohnsitz in der Stadt können <u>beim</u> Ratspräsidium einen Jugendvorstoss im Sinne eines Postulats einreichen. |
| ² Der Gegenstand des Jugendvorstosses muss in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen. Ausserhalb der gemeinderätlichen Zuständigkeit können Anliegen als Petition bei der zuständigen Behörde eingereicht werden. | 171 | ² Der Gegenstand des Jugendvorstosses muss in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen. |
| | 171 a | ³ Ausserhalb der gemeinderätlichen Zuständigkeit können Anliegen als Petition bei der zuständigen Behörde eingereicht werden. |
| | 171 b | |
| ³ Der Jugendvorstoss ist im Rahmen einer Versammlung von einer Mehrheit der Teilnehmenden zu beschliessen. Der Text des Jugendvorstosses hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten und ist von den Jugendlichen eigenhändig zu unterschreiben unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums. | 172 | <u>b. Verfahren</u> <u>Art. 64</u> ¹ Der Jugendvorstoss ist im Rahmen einer Versammlung von einer Mehrheit der Teilnehmenden zu beschliessen. |
| | 172 a | ² Der Text des Jugendvorstosses hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten und ist von den Jugendlichen eigen- |

| | | | | |
|--|--|----------|---|--|
| | | | | händig zu unterschreiben unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums. |
| | ⁴ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten des Verfahrens in seinem Organisationserlass. | 173 | | ³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten des Verfahrens in <u>der Geschäftsordnung.</u> |
| | | 174 | | |
| | 5. Teil: Die Behörden | 175 | | 5. Teil: Die Behörden |
| | I. Allgemeines | 176 | | I. Allgemeines |
| Geschäftsführung und Verwaltungsorganisation | Art. 57 ¹ Die Behörden beachten für ihre Geschäftsführung die Vorgaben des Gemeindegesetzes, der weiteren kantonalen Erlasse und der entsprechenden Behördenerlasse. | 177 | <u>Geschäftsführung,</u> Verwaltungsorganisation | Art. 65 ¹ Die Behörden beachten für ihre Geschäftsführung die Vorgaben des Gemeindegesetzes ³ , der weiteren kantonalen Erlasse und der entsprechenden Behördenerlasse. |
| | ² Sie sorgen für eine effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte Verwaltungsorganisation. | 177 a | | ² Sie sorgen für eine effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte Verwaltungsorganisation. |
| | | 178 | | |
| Interessenbindungen | Art. 58 ¹ Die Mitglieder der Behörden legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über: a. ihre beruflichen Tätigkeiten; b. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes; c. ihre Organstellungen in und ihre wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts. | 179 | Interessenbindungen | Art. 66 ¹ Die Mitglieder der Behörden legen ihre Interessenbindungen offen. |

³ vom 20. April 2015, LS 131.1.

| | | | |
|---------------------------------------|---|----------|---|
| | | 179 a | <p><u>2</u> Insbesondere geben sie Auskunft über:</p> <p>a. ihre beruflichen Tätigkeiten;</p> <p>b. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes;</p> <p>c. ihre Organstellungen in und ihre wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.</p> |
| | ² Der jeweilige Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere die Art der Veröffentlichung und die regelmäßige Aktualisierung der Angaben. | 180 | ³ Der jeweilige Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere die Art der Veröffentlichung und die regelmäßige Aktualisierung der Angaben. |
| | ³ Die Mitglieder der Behörden üben ihr Amt ohne Instruktionen aus. | 181 | ⁴ Die Mitglieder der Behörden üben ihr Amt ohne Instruktionen aus. |
| | | 182 | |
| Beschlussfassung | Art. 59 ¹ Eine Behörde ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Jedes Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet. | 183 | Beschlussfassung Art. 67 ¹ Eine Behörde ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. |
| | | 183 a | <u>2</u> Jedes Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet. |
| | ² Die Behörde trifft ihre Entscheide nach gemeinsamer Beratung als Kollegium. Die Mitglieder vertreten die Entscheide des Kollegiums. | 184 | <u>3</u> Die Behörde trifft ihre Entscheide nach gemeinsamer Beratung als Kollegium. |
| | | 184 a | <u>4</u> Die Mitglieder vertreten die Entscheide des Kollegiums. |
| | | 185 | |
| Beratende Gremien und Sachverständige | Art. 60 Die Behörden können für die Vorberatung und die Begutachtung bestimmter Geschäfte Sachverständige beiziehen, beratende Kommissionen bilden oder vorbera- | 186 | Beratende Gremien und Sachverständige Art. 68 Die Behörden können für die Vorberatung und die Begutachtung bestimmter Geschäfte Sachverständige beiziehen, beratende Kommissionen bilden oder vorberatende De- |

| | | | |
|--|---|-----|---|
| | tende Delegationen einsetzen. | | legationen einsetzen. |
| | | 187 | |
| Aufgabenübertragung an Mitglieder und Ausschüsse | Art. 61 Die Behörden können beschliessen, dass bestimmte Aufgaben einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbstständigen Erledigung übertragen werden und sie legen deren Finanzbefugnisse fest. | 188 | <u>Aufgabenübertragung</u> Art. <u>69</u> Die Behörden können beschliessen, dass bestimmte Aufgaben einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbstständigen Erledigung übertragen werden, <u>und legen</u> deren Finanzbefugnisse fest. |
| | | 189 | |
| Begehren um Neubeurteilung | Art. 62 ¹ Bei der zuständigen Behörde kann innert 30 Tagen seit Mitteilung oder Veröffentlichung einer Anordnung oder eines Erlasses schriftlich wie folgt ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden: a. nach Massgabe des Gemeindegesetzes, sofern kein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist; oder b. gemäss einer entsprechenden Vorschrift in der Gemeindeordnung oder in einem Gemeindeerlass, sofern das kantonale Recht die Neubeurteilung nicht ausschliesst. | 190 | Begehren um Neubeurteilung Art. <u>70</u> ¹ Bei der zuständigen Behörde kann innert 30 Tagen seit Mitteilung oder Veröffentlichung einer Anordnung oder eines Erlasses schriftlich wie folgt ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden: a. nach Massgabe des Gemeindegesetzes, sofern kein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist; b. gemäss einer entsprechenden <u>Bestimmung</u> in der Gemeindeordnung oder in <u>einer Verordnung</u> , sofern das kantonale Recht die Neubeurteilung nicht ausschliesst. |
| | ² Das Verfahren der Neubeurteilung richtet sich nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes und des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sowie nach den städtischen Vorschriften. | 191 | ² Das Verfahren der Neubeurteilung richtet sich nach <u>dem Gemeindegesetz und dem Verwaltungsrechtspflegegesetz</u> ⁴ sowie nach den städtischen <u>Bestimmungen</u> . |
| | ³ Der Stadtrat entscheidet über Begehren um Neubeurteilung nach Vernehmlassung des betreffenden Departements und der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsulenten auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers eines nicht beteilig- | 192 | ³ Der Stadtrat entscheidet über Begehren um Neubeurteilung nach Vernehmlassung des betreffenden Departements und der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsulenten auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers eines nicht beteilig- |

⁴ vom 24. Mai 1959, LS 175.2.

| | | | | |
|-------------------------|---|-------------------------|-------------------------------------|---|
| ten Departements. | | ten Departements. | | |
| | 193 | | | |
| II. Der Stadtrat | 194 | II. Der Stadtrat | | |
| A. Organisation | 195 | A. Organisation | | |
| Zusammen- setzung | Art. 63 Der Stadtrat besteht aus der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und acht weiteren Mitgliedern. | 196 | Zusammen- setzung | Art. 71 Der Stadtrat besteht aus der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und acht weiteren Mitgliedern. |
| | 197 | | | |
| Stadtpräsi- dium | Art. 64 ¹ Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident führt bei den Verhandlungen des Stadtrats den Vorsitz. | 198 | Stadt- präsidium | Art. 72 ¹ Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident führt bei den Verhandlungen des Stadtrats den Vorsitz. |
| | ² Ihr oder ihm steht die Geschäftsleitung und die allgemeine Aufsicht über die gesamte städtische Verwaltung zu. | 199 | | ² Ihr oder ihm steht die Geschäftsleitung und die allgemeine Aufsicht über die gesamte städtische Verwaltung zu. |
| | 200 | | | |
| Departeme- nte | Art. 65 ¹ Der Stadtrat weist jedem seiner Mitglieder ein Departement zu. | 201 | Departemente a. Zuweisung | Art. 73 ¹ Der Stadtrat weist jedem seiner Mitglieder ein De- partement zu. |
| | [Vgl. Zeile 203] | 201 a | | ² Ein Mitglied des Stadtrats ist nicht verpflichtet, länger als zwei Amtsdauern dem gleichen Departement vorzustehen. |
| | | 201 b | | |
| | ² Bei der Aufgabenverteilung auf die Departemente beachtet der Stadtrat insbesondere folgende Kriterien: a. Zusammenhang der Aufgaben; b. Zweckmässigkeit der Führung sowie Ausgewogenheit der Belastung seiner Mitglieder; c. sachliche und politische Ausgewogenheit. | 202 | b. Aufgaben- verteilung | Art. 74 Der Stadtrat beachtet bei der Aufgabenverteilung auf die Departemente insbesondere folgende Kriterien: a. Zusammenhang der Aufgaben; b. Zweckmässigkeit der Führung sowie Ausgewogenheit der Belastung seiner Mitglieder; c. sachliche und politische Ausgewogenheit. |

| | | | | |
|---|--|----------|--|---|
| | ³ Ein Mitglied des Stadtrats ist nicht verpflichtet, länger als zwei Amtsdauern dem gleichen Departement vorzustehen. | 203 | | [Vgl. Zeile 201a] |
| | | 204 | | |
| Weisungsrecht | Art. 66 Der Stadtrat kann den Departementsvorstehenden für die Erledigung von Geschäften Weisungen erteilen, ausgenommen ist die Anstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. | 205 | Weisungsrecht | Art. <u>75</u> Der Stadtrat kann den <u>Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern</u> für die Erledigung von Geschäften Weisungen erteilen; ausgenommen ist die Anstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. |
| | | 206 | | |
| Unvereinbarkeit | Art. 67 ¹ Das Amt eines Mitglieds des Stadtrats ist unvereinbar mit einer anderen entlöhnten Stelle. | 207 | Unvereinbarkeit | Art. <u>76</u> ¹ Das Amt eines Mitglieds des Stadtrats ist unvereinbar mit einer anderen entlöhnten Stelle. |
| | ² Die Mitglieder des Stadtrats dürfen weder Aufsichts- noch Führungsgremien von juristischen Personen angehören, die die Erzielung eines Gewinns anstreben. Ausgenommen sind Mitgliedschaften in Gremien, die von Amts wegen als Abordnung der öffentlichen Hand wahrgenommen werden. | 208 | | ² Die Mitglieder des Stadtrats dürfen weder Aufsichts- noch Führungsgremien von juristischen Personen angehören, die die Erzielung eines Gewinns anstreben. |
| | | 208 a | | <u>³ Mitgliedschaften in Gremien, die von Amts wegen als Abordnung der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, sind zulässig.</u> |
| | ³ Mitglieder des Stadtrats dürfen weder den eidgenössischen Räten noch dem Kantonsrat angehören. | 209 | | ⁴ Mitglieder des Stadtrats dürfen weder den eidgenössischen Räten noch dem Kantonsrat angehören. |
| | | 210 | | |
| Leitung Stadtkanzlei sowie Beratung in Rechtsfragen | Art. 68 ¹ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber leitet die Stadtkanzlei. Ihr oder ihm obliegt die Organisation der Abstimmungen und Wahlen und die Besorgung der weiteren vom Stadtrat übertragenen Aufgaben. | 211 | <u>Stadtschreiberin oder Stadtschreiber</u> | Art. <u>77</u> ¹ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber leitet die Stadtkanzlei. |

| | | |
|--|----------|---|
| | 211 a | ² Ihr oder ihm obliegen die Organisation der Abstimmungen und Wahlen und die Besorgung der weiteren vom Stadtrat übertragenen Aufgaben. |
| [Vgl. Zeile 213] | 211 b | ³ <u>Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil.</u> |
| | 212 | |
| ² Die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent berät den Stadtrat in Rechtsfragen und führt die ihr oder ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. | 212 a | <u>Rechtskonsultantin oder Rechtskonsulent</u> Art. 78 ¹ Die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent berät den Stadtrat in Rechtsfragen und führt die ihr oder ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. |
| [Vgl. Zeile 213] | 212 b | ² <u>Die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil.</u> |
| ³ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber und die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent nehmen an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil. | 213 | [Vgl. Zeilen 211b und 212 b] |
| | 214 | |
| B. Befugnisse | 215 | B. Befugnisse |
| Zuständigkeiten: a. Grundsatz Art. 69 ¹ Der Stadtrat ist zuständig für die Führung, die Aufsicht und die politische Planung. | 216 | <u>Zuständigkeit</u> a. Grundsatz Art. 79 ¹ Der Stadtrat ist zuständig für die Führung, die Aufsicht und die politische Planung. |
| ² Er trägt die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die Aufgaben, die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons oder des Bezirks übertragen werden. | 217 | ² Er trägt die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die Aufgaben, die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons oder des Bezirks übertragen werden. |
| ³ Er besorgt alle Angelegenheiten, soweit das kantonale | 218 | ³ Er besorgt alle Angelegenheiten, soweit das kantonale |

| | | | | |
|---|---|-----|---|---|
| | Recht oder die Gemeindeordnung eine solche keinem anderen Organ zuweist. | | | Recht oder die Gemeindeordnung eine solche keinem anderen Organ zuweist. |
| | | 219 | | |
| b. Delegation an untere Instanzen | Art. 70 Der Stadtrat kann seine Befugnisse massvoll und stufengerecht an untere Instanzen delegieren, soweit es sich nicht um unübertragbare Befugnisse handelt. | 220 | b. Delegation an untere Instanzen | Art. 80 Der Stadtrat kann seine Befugnisse massvoll und stufengerecht an untere Instanzen delegieren, soweit es sich nicht um unübertragbare Befugnisse handelt. |
| | | 221 | | |
| Wahlen und Anstellungen: a. Stadratsmitglieder | Art. 71 Der Stadtrat bestimmt aus seiner Mitte: a. die Präsidentin oder den Präsidenten der Sozialbehörde sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; b. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulpflege sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; c. die Präsidentin oder den Präsidenten für die Schulkommission der Fachschule Viventa sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; d. die Präsidentin oder den Präsidenten für die Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; e. die Vertretungen des Stadtrats in anderen Organen. | 222 | Wahlen und Anstellungen a. Stadratsmitglieder | Art. 81 Der Stadtrat bestimmt aus seiner Mitte: a. die Präsidentin oder den Präsidenten der Sozialbehörde sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; b. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulpflege sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; c. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulkommission für die Fachschule Viventa sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; d. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; e. die Vertretungen des Stadtrats in anderen Organen. |
| | | 223 | | |
| b. Organisationen und Kreiswahlbüros | Art. 72 Der Stadtrat bezeichnet oder wählt: a. die Vertretungen in Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt; b. die Mitglieder der Kreiswahlbüros sowie deren Präsidenten | 224 | b. Organisationen , Kreiswahlbüros | Art. 82 Der Stadtrat bezeichnet oder wählt: a. die Vertretungen in Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt; b. die Mitglieder der Kreiswahlbüros sowie deren Präsidenten |

| | | |
|---|-----|--|
| tinnen oder Präsidenten und Sekretärinnen oder Sekretäre einschliesslich der Stellvertretungen. | | tinnen oder Präsidenten und Sekretärinnen oder Sekretäre einschliesslich der Stellvertretungen. |
| | 225 | |
| c. Angestellte Art. 73 Der Stadtrat ernennt oder stellt an: a. die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber sowie die Rechtskonsulentin oder den Rechtskonsulenten; b. das übrige Personal der Stadtverwaltung, soweit nicht einem anderen Organ übertragen oder an eine untere Instanz delegiert. | 226 | c. Angestellte Art. 83 Der Stadtrat stellt an: a. die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber; b. die Rechtskonsulentin oder den Rechtskonsulenten; c. das übrige Personal der Stadtverwaltung, soweit die Anstellung nicht einem anderen Organ übertragen oder an eine untere Instanz delegiert wird . |
| | 227 | |
| Vertretung Art. 74 Die Mitglieder des Stadtrats vertreten die Behörde vor dem Gemeinderat und die Stadt im Verkehr mit den kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie nach aussen. | 228 | Vertretung Art. 84 Die Mitglieder des Stadtrats vertreten die Behörde vor dem Gemeinderat und die Stadt im Verkehr mit den kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie nach aussen. |
| | 229 | |
| Antragstellung und Geschäftsvorbereitung Art. 75 ¹ Dem Stadtrat stehen zu: a. die Vorberatung aller Vorlagen und die Antragstellung zu Geschäften des Gemeinderats; b. die Wahrnehmung des Doppelantragsrechts; c. die Ausarbeitung der Abstimmungserläuterungen an die Stimmberechtigten, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst. | 230 | Antragstellung, Geschäftsvorbereitung Art. 85 ¹ Dem Stadtrat stehen zu: a. die Vorberatung aller Vorlagen und die Antragstellung zu Geschäften des Gemeinderats; b. die Wahrnehmung des Doppelantragsrechts; c. die Ausarbeitung der Abstimmungserläuterungen an die Stimmberechtigten, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst. |
| ² Er achtet im Rahmen der Vorbereitung der Geschäfte nach Abs. 1 lit. a sowie beim Erlass seiner Reglemente auf die Regulierungsfolgen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). | 231 | ² Er achtet bei der Vorbereitung der Geschäfte gemäss Abs. 1 lit. a sowie beim Erlass seiner Reglemente auf die Regulierungsfolgen für KMU . |

| | | | | |
|--------------|---|----------|--------------|--|
| | ³ Er kann seine Anträge an den Gemeinderat bis zur Beratung im Plenum zurückziehen. | 232 | | ³ Er kann seine Anträge an den Gemeinderat bis zur Beratung im Plenum zurückziehen. |
| | | 233 | | |
| Rechtsetzung | Art. 76 Der Stadtrat ist für den Erlass von weniger wichtigen Rechtssätzen zuständig, insbesondere über: a. den Vollzug von übergeordnetem Recht; b. die Organisation und die Leitung der Verwaltung; c. die Aufgabenübertragung an Angestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist; d. die Gebühren, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist. | 234 | Rechtsetzung | Art. <u>86</u> ¹ Der Stadtrat ist zuständig für den Erlass von <u>Reglementen und Ausführungsbestimmungen.</u> |
| | | 234 a | | <u>2 Er erlässt insbesondere Bestimmungen über:</u> a. den Vollzug von übergeordnetem Recht; b. die Organisation und die Leitung der Verwaltung; c. die Aufgabenübertragung an Angestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist; d. <u>Gebühren</u> , soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist. |
| | | 235 | | |
| Raumplanung | Art. 77 Der Stadtrat besorgt die durch das Planungs- und Baugesetz den regionalen Behörden überbundenen Aufgaben, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt. | 236 | Raumplanung | Art. <u>87</u> Der Stadtrat besorgt die durch das Planungs- und Baugesetz ⁵ den regionalen Behörden überbundenen Aufgaben, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt. |
| | | 237 | | |

⁵ vom 7. September 1975, LS 700.1.

| | | | |
|---|--|-----|--|
| Prozessführung | Art. 78 ¹ Der Stadtrat führt alle Prozesse und Rechtsmittelverfahren in seinem Zuständigkeitsbereich. | 238 | Prozessführung Art. 88 ¹ Der Stadtrat führt alle Prozesse und Rechtsmittelverfahren in seinem Zuständigkeitsbereich. |
| | ² Bei Rekursen gegen Beschlüsse der Stimmberechtigten und des Gemeinderats steht dem Stadtrat das Recht zur Vernehmlassung zu, wenn der Gemeinderat nichts anderes beschliesst. | 239 | ² Bei Rekursen gegen Beschlüsse der Stimmberechtigten und des Gemeinderats steht dem Stadtrat das Recht zur Vernehmlassung zu, wenn der Gemeinderat nichts anderes beschliesst. |
| | | 240 | |
| Verwaltungszuständigkeiten | Art. 79 Der Stadtrat kann folgende seiner Verwaltungsbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen: a. die Bestimmung des Publikationsorgans; b. die Erteilung des Bürgerrechts; c. die Beschlussfassung über Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt; d. die Unterstützung des Gemeindereferendums. | 241 | Art. 89 Der Stadtrat kann folgende Verwaltungsbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen: a. die Bestimmung des Publikationsorgans; b. die Erteilung des Bürgerrechts; c. die Beschlussfassung über Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt; d. die Unterstützung des Gemeindereferendums. |
| | | 242 | |
| Finanzen: a. Unübertragbare Befugnisse | Art. 80 Der Stadtrat kann folgende seiner Finanzbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen: a. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan; b. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets; c. die Bewilligung von dringlichen Nachtragskrediten und Globalbudgetergänzungen, für die der Stadtrat um die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat er- | 243 | Finanzen a. unübertragbare Befugnisse Art. 90 Der Stadtrat kann folgende Finanzbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen: a. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan; b. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets; c. die Bewilligung von dringlichen Nachtragskrediten und Globalbudget-Ergänzungen , für die der Stadtrat um die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat er- |

| | | | |
|------------------------|--|----------|--|
| | <p>sucht;</p> <p>d. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder dem Parlament bewilligt wurden, sofern keine Kreditüberschreitung vorliegt;</p> <p>e. die Beschlussfassung über die Kapitalaufnahme.</p> | | <p>sucht;</p> <p>d. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder dem Gemeinderat bewilligt wurden, sofern keine Kreditüberschreitung vorliegt;</p> <p>e. die Beschlussfassung über die Kapitalaufnahme.</p> |
| | | 244 | |
| b. Informatik-Ausgaben | <p>Art. 81 Der Stadtrat ist für die Bewilligung der Informatikausgaben zuständig. Die Zuständigkeit für neue einmalige Ausgaben richtet sich nach Art. 52 lit. b.</p> | 245 | <p>b. Informatikausgaben Art. 91 ¹ Der Stadtrat ist für die Bewilligung der Informatikausgaben zuständig.</p> |
| | | 245 a | <p>² Die Zuständigkeit für neue einmalige Ausgaben richtet sich nach Art. 59 lit. b.</p> |
| | | 246 | |
| | C. Unterstellte Organe | 247 | C. Unterstellte Organe |
| Stadtrichteramt | <p>Art. 82 ¹ Der Stadtrat ernennt Angestellte, denen folgende Aufgaben übertragen sind:</p> <p>a. das Recht zur Verhängung von Bussen;</p> <p>b. die direkte Antragstellung bei den Gerichten.</p> | 248 | <p>Stadtrichteramt Art. 92 ¹ Der Stadtrat ernennt Angestellte des Stadtrichteramts, denen folgende Aufgaben übertragen sind:</p> <p>a. das Recht zur Verhängung von Bussen;</p> <p>b. die direkte Antragstellung bei den Gerichten.</p> |
| | <p>² Den ermächtigten Angestellten dürfen keine Weisungen über die materielle Erledigung einzelner Geschäfte erteilt werden.</p> | 249 | <p>² Diesen Angestellten dürfen keine Weisungen über die materielle Erledigung einzelner Geschäfte erteilt werden.</p> |
| | <p>³ Der Stadtrat regelt die administrative Unterstellung in einem Behördenerslass.</p> | 250 | <p>³ Der Stadtrat regelt die administrative Unterstellung in einem Reglement.</p> |
| | | 251 | |

| | | |
|---|------------|--|
| <p>III. Schulwesen</p> | <p>252</p> | <p>III. Schulwesen</p> |
| <p>A. Organisation</p> | <p>253</p> | <p>A. Organisation</p> |
| <p>Schul- bereiche</p> <p>Art. 83 Das Schulwesen umfasst folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. öffentliche Volksschule gemäss kantonalem Recht sowie gemeindeeigene Angebote zur Erfüllung oder Ergänzung der Volksschulpflicht; b. Einrichtungen zur Betreuung und Verpflegung von Schülerinnen und Schülern der Volksschule, deren Inanspruchnahmen freiwillig sind; c. Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung); d. Musikschule Konservatorium Zürich; e. vom Gemeinderat bezeichnete Sonderschulen und weitere von diesem bezeichnete gemeindeeigene Schulen. | <p>254</p> | <p>Schulbereiche</p> <p>Art. 93 Das Schulwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die öffentliche Volksschule gemäss kantonalem Recht sowie gemeindeeigene Angebote zur Erfüllung oder Ergänzung der Volksschulpflicht; b. Einrichtungen zur Betreuung und Verpflegung von Schülerinnen und Schülern der Volksschule, wobei die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen freiwillig ist; c. die Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung); d. die Musikschule Konservatorium Zürich; e. vom Gemeinderat bezeichnete Sonderschulen und weitere von diesem bezeichnete gemeindeeigene Schulen. |
| | <p>255</p> | |
| <p>Schul- behörden</p> <p>Art. 84 ¹ Schulbehörden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Schulpflege; b. die Kreisschulbehörden; c. die Schulkommission für die Fachschule Viventa; d. die Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich. | <p>256</p> | <p>Schul- behörden</p> <p>Art. 94 ¹ Schulbehörden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Schulpflege; b. die Kreisschulbehörden; c. die Schulkommission für die Fachschule Viventa; d. die Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich. |
| <p>² Die Schulbehörden fördern ein zeitgemässes und leistungsfähiges Schulwesen.</p> | <p>257</p> | <p>² Die Schulbehörden fördern ein zeitgemässes und leistungsfähiges Schulwesen.</p> |
| <p>³ Der Gemeinderat kann Aufgaben und Organisation näher</p> | <p>258</p> | <p>³ Der Gemeinderat kann Aufgaben und Organisation näher</p> |

| | | | | |
|----------------------|--|----------|----------------------|---|
| | umschreiben. Er erlässt Vorschriften über die Elternmitwirkung und regelt die Entschädigung der Mitglieder der Schulbehörden. | | | umschreiben. |
| | | 258 a | | ⁴ Er erlässt Bestimmungen über die Elternmitwirkung und regelt die Entschädigung der Mitglieder der Schulbehörden. |
| | | 259 | | |
| Organisationserlasse | Art. 85 Die Schulbehörden regeln ihre Organisation in Behördenerlassen. Für die Kreisschulbehörden setzt die Schulpflege eine Rahmenordnung fest. | 260 | Organisationserlasse | Art. 95 ¹ Die Schulbehörden regeln ihre Organisation in Behördenerlassen. |
| | | 260 a | | ² Für die Kreisschulbehörden setzt die Schulpflege eine Rahmenordnung fest. |
| | | 261 | | |
| Aufgabenübertragung | Art. 86 ¹ Die Schulbehörden können mit dem Einverständnis der Departementsvorsteherin oder des Departementsvorstehers Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen. | 262 | Aufgabenübertragung | Art. 96 ¹ Die Schulbehörden können mit dem Einverständnis der Departementsvorsteherin oder des Departementsvorstehers Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen. |
| | ² Die Kreisschulbehörden können überdies Angestellten ihres Schulkreises Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen. | 263 | | ² Überdies können die Kreisschulbehörden Angestellten ihres Schulkreises Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen. |
| | ³ Schulbehörden und Kreisschulbehörden regeln Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in Behördenerlassen. | 264 | | ³ Die Schulbehörden regeln Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in Behördenerlassen. |
| | | 265 | | |
| Präsidiabefugnisse | Art. 87 Dem zuständigen Mitglied des Stadtrats kommen folgende Präsidiabefugnisse zu: | 266 | Präsidiabefugnisse | Art. 97 Dem zuständigen Mitglied des Stadtrats kommen folgende Präsidiabefugnisse zu: |

| | | | |
|----------------|---|-----|---|
| | <p>a. Vorsitz bei Verhandlungen der gesamtstädtischen Schulbehörden, Geschäftsleitung und allgemeine Aufsicht über das Schulwesen;</p> <p>b. Bezeichnung der Sekretärinnen und Sekretäre der gesamtstädtischen Schulbehörden in Absprache mit der jeweiligen Behörde;</p> <p>c. regelmässige Information über den Geschäftsgang der Schulbehörden einschliesslich Anfordern von Berichten;</p> <p>d. Teilnahme an den Sitzungen sämtlicher Schulbehörden, wobei sie oder er sich vertreten lassen oder die Protokolle einsehen kann;</p> <p>e. handeln anstelle der Kreisschulbehörden, wenn diese ihre Pflichten zum Vollzug der Gesetze nicht erfüllen.</p> | | <p>a. Vorsitz bei Verhandlungen der gesamtstädtischen Schulbehörden, Geschäftsleitung und allgemeine Aufsicht über das Schulwesen;</p> <p>b. Bezeichnung der Sekretärinnen und Sekretäre der gesamtstädtischen Schulbehörden in Absprache mit der jeweiligen Behörde;</p> <p>c. <u>regelmässig über den Geschäftsgang der Schulbehörden informiert zu werden und Berichte einzufordern;</u></p> <p>d. Teilnahme an den Sitzungen <u>der</u> Schulbehörden, wobei sie oder er sich vertreten lassen oder die Protokolle einsehen kann;</p> <p>e. <u>anstelle der Kreisschulbehörden zu handeln,</u> wenn diese ihre Pflichten zum Vollzug der Gesetze nicht erfüllen.</p> |
| | | 267 | |
| Schulleitungen | Art. 88 ¹ Den Schulen der öffentlichen Volksschule mit ihren Betreuungseinrichtungen und den gemeindeeigenen Schulen stehen Schulleitungen vor. | 268 | Schulleitungen Art. <u>98</u> ¹ Den Schulen der öffentlichen Volksschule mit ihren Betreuungseinrichtungen und den gemeindeeigenen Schulen stehen Schulleitungen vor. |
| | ² Der Gemeinderat regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse der Schulleitungen, soweit sich diese nicht aus dem übergeordneten Recht ergeben. | 269 | ² Der Gemeinderat regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse der Schulleitungen, soweit sich diese nicht aus dem übergeordneten Recht ergeben. |
| | | 270 | |
| Schulkonvente | Art. 89 ¹ Das Schulpersonal ist in Konventen zusammengeschlossen. | 271 | Schulkonvente Art. <u>99</u> ¹ Das Schulpersonal ist in Konventen zusammengeschlossen. |
| | ² Der Gemeinderat regelt Zusammensetzung, Aufgaben und Organisation. | 272 | ² Der Gemeinderat regelt Zusammensetzung, Aufgaben und Organisation. |

| | | | |
|-----------------|---|----------|--|
| | | 273 | |
| | B. Schulpflege | 274 | B. Schulpflege |
| Zusammensetzung | Art. 90 ¹ Die Schulpflege besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Schulpräsidentin oder Schulpräsident (Vorsitz) und den Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden. | 275 | Zusammensetzung Art. 100 ¹ Die Schulpflege besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Schulpräsidentin oder Schulpräsident (Vorsitz) und den Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden. |
| | ² Sie wählt die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten. Diese oder dieser vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten. | 276 | ² Sie wählt die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten. |
| | | 276 a | ³ Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten. |
| | ³ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulpflege sowie gemäss den Vorschriften des Gemeinderats je eine Vertretung der Schulleitungen und der Lehrpersonen mit beratender Stimme teil. | 277 | ⁴ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulpflege sowie gemäss den Bestimmungen des Gemeinderats je eine Vertretung der Schulleitungen und der Lehrpersonen mit beratender Stimme teil. |
| | | 278 | |
| Aufgaben | Art. 91 ¹ Die Schulpflege ist die gesamtstädtische Schulbehörde, soweit nicht eigenständige Schulkommissionen zuständig sind. Sie sorgt für die einheitliche sowie rechtmässige und angemessene Anwendung der kantonalen und städtischen Vorschriften in den Schulkreisen und erstellt eine gesamtstädtische Schulplanung. | 279 | Aufgaben Art. 101 ¹ Die Schulpflege ist die gesamtstädtische Schulbehörde, soweit nicht eigenständige Schulkommissionen zuständig sind. |
| | | 279 a | ² Sie sorgt für die einheitliche sowie rechtmässige und angemessene Anwendung der kantonalen und städtischen Bestimmungen in den Schulkreisen und erstellt eine gesamtstädtische Schulplanung. |

| | | |
|--|-----|--|
| <p>² Sie erfüllt in eigener Kompetenz folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Koordination der Tätigkeiten der Kreisschulbehörden; b. der Erlass von Reglementen oder Ausführungsbestimmungen über das Volksschul- und Betreuungswesen im Rahmen des kantonalen Rechts und der Vorschriften des Gemeinderats; c. die Beschlussfassung über schulische Pilotprojekte, soweit sie ihre Ausgabenkompetenzen nicht übersteigt; d. die Erstattung des Geschäftsberichts über die Volksschule zuhanden des Gemeinderats; e. die Vertretung der städtischen Volksschule, insbesondere die gesamtstädtischen Vernehmlassungen und Stellungnahmen in Schulsachen zuhanden der kantonalen Oberbehörden; f. die Beaufsichtigung der vom zuständigen Departement geführten Sonderschulen und weiteren gesamtstädtischen sonderpädagogischen Angeboten, Förderung von deren Qualität und Sicherstellung der Zusammenarbeit mit der Regelschule. | 280 | <p>³ Sie erfüllt in eigener Kompetenz folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Koordination der Tätigkeiten der Kreisschulbehörden; b. den Erlass von Reglementen oder Ausführungsbestimmungen über das Volksschul- und Betreuungswesen im Rahmen des kantonalen Rechts und der Bestimmungen des Gemeinderats; c. die Beschlussfassung über schulische Pilotprojekte, soweit sie ihre Ausgabenkompetenzen nicht übersteigt; d. das Verfassung des Geschäftsberichts über die Volksschule zuhanden des Gemeinderats; e. die Vertretung der städtischen Volksschule nach aussen, insbesondere durch das Verfassung von gesamtstädtischen Vernehmlassungen und Stellungnahmen in Schulsachen zuhanden der kantonalen Behörden; f. die Beaufsichtigung der vom zuständigen Departement geführten Sonderschulen und weiteren gesamtstädtischen sonderpädagogischen Angeboten, die Förderung von deren Qualität und die Sicherstellung der Zusammenarbeit mit der Regelschule. |
| | 281 | |
| <p>Ausgaben Art. 92 ¹ Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Ausgabenvollzug; b. die Bewilligung gebundener Ausgaben; c. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich | 282 | <p>Ausgaben Art. 102 ¹ Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Ausgabenvollzug; b. die Bewilligung gebundener Ausgaben; c. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich |

| | | |
|--|-----|--|
| Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck. | | Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck. |
| <p>² Sie kann ihre Befugnisse in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen, insbesondere an die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden für die Belange ihres Schulkreises.</p> | 283 | <p>² Sie kann ihre Befugnisse in einem Behördenerlass massvoll und stufengerecht übertragen, insbesondere an die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden für die Belange ihres Schulkreises.</p> |
| | 284 | |
| <p>Antragstellung</p> <p>Art. 93 ¹ Die Schulpflege stellt dem Stadtrat Antrag über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Finanz- und Aufgabenplan, Budget, Jahresrechnung; b. Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulpflege übersteigen; c. Bau, Erwerb und Abtretung von Schulbauten und -anlagen sowie gesamtstädtische Schulraumplanung; d. Schaffung neuer Stellen für den Schulbetrieb; e. Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat; f. Erlass von Vorschriften über das Volksschulwesen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere der Vorschriften über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kursgelder. | 285 | <p>Antragstellung Art. 103 ¹ Die Schulpflege stellt dem Stadtrat Antrag über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. den Finanz- und Aufgabenplan, das Budget und die Jahresrechnung; b. Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulpflege übersteigen; c. den Bau, den Erwerb und die Abtretung von Schulbauten und Schulanlagen sowie die gesamtstädtische Schulraumplanung; d. die Schaffung neuer Stellen für den Schulbetrieb; e. Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat; f. den Erlass von Bestimmungen über das Volksschulwesen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere der Bestimmungen über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie über die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kursgelder. |
| <p>² Sie reicht ihre Geschäfte an den Gemeinderat dem Stadtrat ein, der über deren Unterbreitung an das Parlament entscheidet.</p> | 286 | <p>² <u>Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.</u></p> |
| | 287 | |

| C. Kreisschulbehörden | | 288 | C. Kreisschulbehörden | |
|-------------------------------------|---|-----|---|--|
| Zusammen- setzung | Art. 94 ¹ Für jeden Schulkreis wird eine Kreisschulbe- hörde bestellt. | 289 | Zusammen- setzung | Art. 104 ¹ Für jeden Schulkreis wird eine Kreisschulbehörde gewählt. |
| | ² Die Kreisschulbehörden bestehen aus der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kreisschulbehörde (Vorsitz) und 24 wei- teren Mitgliedern. | 290 | | ² Die Kreisschulbehörden bestehen aus der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kreisschulbehörde (Vorsitz) und 24 wei- teren Mitgliedern. |
| | ³ Der Gemeinderat regelt die Vertretung der Lehrpersonen und der Schulleitungen an den Sitzungen der Kreisschulbe- hörden. | 291 | | ³ Der Gemeinderat regelt die Vertretung der Lehrpersonen und der Schulleitungen an den Sitzungen der Kreisschulbe- hörden. |
| | | 292 | | |
| Aufgaben: a. Gesamt- behörden | Art. 95 ¹ Die Kreisschulbehörden leiten und beaufsich- tigen das Schulwesen ihres Schulkreises, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist. | 293 | Aufgaben a. Gesamtbe- hörden | Art. 105 ¹ Die Kreisschulbehörden leiten und beaufsichtigen das Schulwesen ihres Schulkreises, soweit dafür nicht ein an- deres Organ zuständig ist. |
| | ² Ihnen obliegt im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Vorschriften des Gemeinderats insbeson- dere: a. die Aufsicht über die Schulen mit ihren Schulleitungen, Lehrpersonen, Betreuungsmitarbeitenden und weiteren Mitarbeitenden; b. die Beurteilung der Schulleitungen; c. die Genehmigung des Schulprogramms und weiterer Füh- rungsdokumente der Schulen; d. die Abnahme der Rechenschaftslegung der Schulen. | 294 | | ² Ihnen obliegt im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Bestimmungen des Gemeinderats ins- besondere: a. die Aufsicht über die Schulen mit ihren Schulleitungen, Lehrpersonen, Betreuungsmitarbeitenden und weiteren Mitarbeitenden; b. die Beurteilung der Schulleitungen; c. die Genehmigung des Schulprogramms und weiterer Füh- rungsdokumente der Schulen; d. die Abnahme der Rechenschaftslegung der Schulen. |
| | | 295 | | |

| | | | | |
|--------------------------------|---|-----|------------------------------------|--|
| b. Präsidien | Art. 96 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde leitet die Gesamtbehörde. | 296 | b. Präsidien | Art. 106 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde leitet die Gesamtbehörde. |
| | <p>² Ihr oder ihm obliegen im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Vorschriften des Gemeinderats in eigener Kompetenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Anstellung und Entlassung der Schulleitungen, der Lehrpersonen, der Betreuungsmitarbeitenden und der weiteren Mitarbeitenden sowie deren Zuteilung an die Schulen; b. die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Schulen; c. die Disziplinar massnahmen gegen Schülerinnen und Schüler; d. die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen; e. die Zuweisung der Schulräume und Bewilligung der Nutzung von Schulanlagen zu ausserschulischen Zwecken. | 297 | | <p>² Ihr oder ihm obliegen im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Bestimmungen des Gemeinderats in eigener Kompetenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Anstellung und Entlassung der Schulleitungen, der Lehrpersonen, der Betreuungsmitarbeitenden und der weiteren Mitarbeitenden sowie deren Zuteilung an die Schulen; b. die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Schulen; c. die Disziplinar massnahmen gegen Schülerinnen und Schüler; d. die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen; e. die Zuweisung der Schulräume und Bewilligung der Nutzung von Schulanlagen zu ausserschulischen Zwecken. |
| | | 298 | | |
| Antragstellung und Information | Art. 97 ¹ Die Kreisschulbehörden können bei der Schulpflege Geschäfte zur Behandlung anregen und Anträge stellen. | 299 | Antragstellung. Information | Art. 107 ¹ Die Kreisschulbehörden können bei der Schulpflege Geschäfte zur Behandlung anregen und Anträge stellen. |
| | ² Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde ist verpflichtet, von der Kreisschulbehörde beschlossene Anträge an die Schulpflege an diese weiterzuleiten. | 300 | | ² Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde ist verpflichtet, von der Kreisschulbehörde beschlossene Anträge zuhanden der Schulpflege an diese weiterzuleiten. |
| | ³ Sie oder er orientiert die Kreisschulbehörde regelmässig über die Beschlüsse der Schulpflege, die von gesamtstädtischer Bedeutung sind oder die Kreisschulbehörde unmittelbar | 301 | | ³ Sie oder er orientiert die Kreisschulbehörde regelmässig über die Beschlüsse der Schulpflege, die von gesamtstädtischer Bedeutung sind oder die Kreisschulbehörde unmittelbar |

| | | | |
|-----------------|--|----------|---|
| | betreffen. | | betreffen. |
| | | 302 | |
| Rechtsmittel | Art. 98 ¹ Gegen Beschlüsse der Gesamtbehörde gemäss Art. 95 sowie gegen Anordnungen von deren Präsidentin oder Präsidenten gemäss Art. 96 kann Rekurs gemäss kantonalem Recht eingelegt werden. Eine vorgängige stadtinterne Neubeurteilung ist ausgeschlossen. | 303 | Rechtsmittel Art. 108 ¹ Gegen Beschlüsse der Gesamtbehörde gemäss Art. 105 sowie gegen Anordnungen von deren Präsidentin oder Präsidenten gemäss Art. 106 kann Rekurs gemäss kantonalem Recht eingelegt werden. |
| | | 303 a | ² Eine vorgängige stadtinterne Neubeurteilung ist ausgeschlossen. |
| | ² Bei Anordnungen in Anwendung des städtischen Personalrechts kann beim Stadtrat ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden. | 304 | ³ Bei Anordnungen in Anwendung des Personalrechts ⁶ kann beim Stadtrat ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden. |
| | | 305 | |
| | D. Schulkommissionen | 306 | D. Schulkommissionen |
| Bestand | Art. 99 Es bestehen folgende eigenständige Schulkommissionen: a. Schulkommission für die Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung); b. Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich. | 307 | Bestand Art. 109 Es bestehen folgende eigenständige Schulkommissionen: a. Schulkommission für die Fachschule Viventa ; b. Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich. |
| | | 308 | |
| Zusammensetzung | Art. 100 ¹ Die Schulkommissionen bestehen aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und je 17 weiteren Mitgliedern. | 309 | Zusammensetzung Art. 110 ¹ Die Schulkommissionen bestehen aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und je siebzehn weiteren Mitgliedern. |

⁶ vom 6. Februar 2002, AS 177.100.

| | | |
|--|----------|---|
| <p>² Der Gemeinderat wählt die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, einschliesslich einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten. Diese oder dieser vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten.</p> | 310 | <p>² Der Gemeinderat wählt die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, einschliesslich einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten.</p> |
| | 310 a | <p>³ <u>Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident</u> vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten.</p> |
| <p>³ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulkommission, die Leiterin oder der Leiter der Schule sowie gemäss den Bestimmungen des Gemeinderats je eine Vertretung der Lehrpersonen der unterstellten Schule sowie der Volksschule mit beratender Stimme teil.</p> | 311 | <p>⁴ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulkommission, die Leiterin oder der Leiter der Schule sowie gemäss den Bestimmungen des Gemeinderats je eine Vertretung der Lehrpersonen der unterstellten Schule sowie der Volksschule mit beratender Stimme teil.</p> |
| | 312 | |
| <p>Aufgaben Art. 101 Den Schulkommissionen stehen zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Aufsicht über die jeweils unterstellte Schule, Förderung von deren Qualität und Sicherung der Zusammenarbeit mit der Volksschule und deren Behörden; b. Erlass der Reglemente, Lehrpläne, Ausbildungskonzepte und von weiteren Vorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Gemeinderats; c. Erstattung des Geschäftsberichts an den Gemeinderat; d. Beschlüsse über die Durchführung von Schulversuchen, soweit sie die Ausgabenkompetenz der Schulkommission nicht übersteigen. | 313 | <p>Aufgaben Art. 111 Den Schulkommissionen stehen zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. <u>die</u> Aufsicht über die jeweils unterstellte Schule, <u>die</u> Förderung von deren Qualität und <u>die</u> Sicherung der Zusammenarbeit mit der Volksschule und deren Behörden; b. <u>der</u> Erlass der Reglemente, Lehrpläne, Ausbildungskonzepte und <u>weiterer</u> Vorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Gemeinderats; c. <u>das Verfassen des Geschäftsberichts zuhanden des Gemeinderats;</u> d. Beschlüsse über die Durchführung von Schulversuchen, soweit sie die Ausgabenkompetenz der Schulkommission nicht übersteigen. |
| | 314 | |

| | | |
|---|-----|--|
| <p>Ausgaben Art. 102 ¹ Den Schulkommissionen stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. der Ausgabenvollzug; b. die Bewilligung gebundener Ausgaben; c. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck. | 315 | <p>Ausgaben Art. 112 ¹ Den Schulkommissionen stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. der Ausgabenvollzug; b. die Bewilligung gebundener Ausgaben; c. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck. |
| <p>² Sie können ihre Befugnisse in einem Behördenerlass massvoll und stufengerecht übertragen.</p> | 316 | <p>² Sie können ihre Befugnisse in einem Behördenerlass massvoll und stufengerecht übertragen.</p> |
| | 317 | |
| <p>Antragstellung Art. 103 ¹ Die Schulkommissionen stellen dem Stadtrat Antrag über:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Finanz- und Aufgabenplan, Budget und Jahresrechnung; b. Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulkommissionen übersteigen; c. Bau, Erwerb und Abtretung von Schulbauten und -anlagen; d. Schaffung neuer Stellen für Lehrpersonen; e. Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat; f. Erlass von Vorschriften, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kursgeldern. | 318 | <p>Antragstellung Art. 113 ¹ Die Schulkommissionen stellen dem Stadtrat Antrag über:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. den Finanz- und Aufgabenplan, das Budget und die Jahresrechnung; b. Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulkommissionen übersteigen; c. den Bau, den Erwerb und die Abtretung von Schulbauten und Schulanlagen; d. die Schaffung neuer Stellen für Lehrpersonen; e. Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat; f. den Erlass von Bestimmungen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie über die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kurs- |

| | | |
|---|----------|--|
| | | <u>gelder.</u> |
| ² Sie reichen ihre Geschäfte an den Gemeinderat dem Stadtrat ein, der über deren Unterbreitung an das Parlament entscheidet. | 319 | ² <u>Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.</u> |
| | 320 | |
| IV. Sozialbehörde | 321 | IV. Sozialbehörde |
| Zusammensetzung Art. 104 Die Sozialbehörde besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und acht weiteren Mitgliedern. | 322 | Zusammensetzung Art. 114 Die Sozialbehörde besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und acht weiteren Mitgliedern. |
| | 323 | |
| Aufgaben: a. Sozialhilfe Art. 105 ¹ Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben: a. Erfüllung der Aufgaben gemäss Sozialhilfegesetz, ausgenommen im Asylbereich; b. Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe; c. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung. | 324 | <u>Aufgaben</u> a. Sozialhilfe Art. 115 ¹ Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben: a. <u>die</u> Erfüllung der Aufgaben gemäss Sozialhilfegesetz, ausgenommen im Asylbereich; b. <u>den</u> Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe; c. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung. |
| ² Sie überträgt Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben im Sozialhilfebereich zur selbstständigen Erledigung. Sie regelt in einem Behördenerlass Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse. | 325 | ² Sie überträgt Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben im Sozialhilfebereich zur selbstständigen Erledigung. |
| | 325 a | ³ Sie regelt in einem Behördenerlass Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse. |

| | | | |
|----------------|--|----------|--|
| | | | dungsbefugnisse. |
| | | 326 | |
| b. Asylbereich | Art. 106 Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben im Asylbereich: a. Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe durch die Asyl-Organisation Zürich; b. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung; c. Neu Beurteilung von Anordnungen von Angestellten der Asyl-Organisation Zürich über die Ausrichtung von persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe. | 327 | b. Asylbereich Art. 116 Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben im Asylbereich: a. den Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe durch die Asyl-Organisation Zürich; b. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung; c. die Neu Beurteilung von Anordnungen von Angestellten der Asyl-Organisation Zürich über die Ausrichtung von persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe. |
| | | 328 | |
| c. Inspektorat | Art. 107 Die Sozialbehörde ist zuständig für die Bewilligung und die Erteilung von Ermittlungsaufträgen an und die fachliche Aufsicht über das Inspektorat. | 329 | c. Inspektorat Art. 117 Die Sozialbehörde ist zuständig für die Bewilligung und die Erteilung von Ermittlungsaufträgen an und die fachliche Aufsicht über das Inspektorat. |
| | | 330 | |
| Antragstellung | Art. 108 Die Sozialbehörde reicht ihre Geschäfte an den Gemeinderat dem Stadtrat ein, der über deren Unterbreitung an das Parlament entscheidet. | 331 | Antragstellung Art. 118 <u>¹ Die Sozialbehörde stellt dem Stadtrat Antrag über Geschäfte, die nicht in ihren abschliessenden Zuständigkeitsbereich fallen.</u> |
| | | 331 a | <u>² Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.</u> |
| | | 332 | |

| V. Städtische Angestellte | | 333 | V. Städtische Angestellte | |
|---------------------------|---|----------|---------------------------|--|
| Arbeits- verhältnis | Art. 109 ¹ Das Arbeitsverhältnis der Angestellten ist öffentlich-rechtlich. | 334 | Arbeits- verhältnis | Art. 119 ¹ Das Arbeitsverhältnis der Angestellten ist öffentlich-rechtlich. |
| | ² Es wird vom Gemeinderat in Verordnungen geregelt. Der Stadtrat erlässt Vollzugsbestimmungen. | 335 | | ² Es wird vom Gemeinderat in Verordnungen geregelt. |
| | | 335 a | | ³ Der Stadtrat erlässt Vollzugsbestimmungen. |
| | | 336 | | |
| Grundsätze | Art. 110 ¹ Die Verordnungen des Gemeinderats umfassen die Grundsätze der Personalpolitik sowie Bestimmungen über die Begründung, Dauer und Beendigung der Arbeitsverhältnisse, über Versetzungen, vorsorgliche Massnahmen, den Rechtsschutz und den Datenschutz. | 337 | Grundsätze | Art. 120 ¹ Die Verordnungen des Gemeinderats umfassen die Grundsätze der Personalpolitik sowie Bestimmungen über die Begründung, die Dauer und die Beendigung der Arbeitsverhältnisse, über Versetzungen, vorsorgliche Massnahmen, den Rechtsschutz und den Datenschutz. |
| | ² Sie regeln ausserdem die Rechte und Pflichten der Angestellten, insbesondere den Anspruch auf Lohn, Ferien und Urlaub, die Entschädigung bei unverschuldeter Entlassung sowie die Mitwirkungsrechte. | 338 | | ² Sie regeln ausserdem die Rechte und Pflichten der Angestellten, insbesondere den Anspruch auf Lohn, Ferien und Urlaub, die Entschädigung bei unverschuldeter Entlassung sowie die Mitwirkungsrechte. |
| | | 339 | | |
| Lohn- zuschläge | Art. 111 Zur Anwerbung oder Erhaltung von besonders befähigten Angestellten, die ein besonders verantwortungsvolles Arbeitsgebiet betreuen und nicht vom Volk gewählt werden, kann der Stadtrat Zuschläge zum Lohn bis auf einen Fünftel, der Gemeinderat bis auf einen Drittel des Höchstbetrags gewähren. | 340 | Lohnzu- schläge | Art. 121 Zur Anwerbung oder Erhaltung von besonders befähigten Angestellten, die ein besonders verantwortungsvolles Arbeitsgebiet betreuen und nicht vom Volk gewählt werden, kann der Stadtrat Zuschläge zum Lohn bis auf einen Fünftel, der Gemeinderat bis auf einen Drittel des Höchstbetrags gewähren. |
| | | 341 | | |

| | | | | |
|---------------------------------|--|-------|---------------------------------|---|
| 6. Teil: Weitere Stellen | | 342 | 6. Teil: Weitere Stellen | |
| I. Finanzkontrolle | | 343 | I. Finanzkontrolle | |
| Aufgabe | Art. 112 ¹ Die Finanzkontrolle prüft den Finanzhaushalt der Stadt und erstattet Stadtrat, Gemeinderat und Bezirksrat darüber Bericht. | 344 | Aufgabe, <u>Unabhängigkeit</u> | Art. 122 ¹ Die Finanzkontrolle prüft den Finanzhaushalt der Stadt und erstattet dem Stadtrat, dem Gemeinderat und dem Bezirksrat darüber Bericht. |
| | ² Sie ist unabhängig. | 345 | | ² Sie ist unabhängig. |
| | ³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. | 346 | | ³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. |
| | | 347 | | |
| II. Wahlbüro | | 348 | II. Wahlbüro | |
| Zentralwahlbüro | Art. 113 ¹ Das Zentralwahlbüro besteht aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreiswahlbüros und der Stadtpräsidentin als Vorsitzender oder dem Stadtpräsidenten als Vorsitzendem. | 349 | Zentralwahlbüro | Art. 123 ¹ Das Zentralwahlbüro besteht aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreiswahlbüros und der Stadtpräsidentin als Vorsitzender oder dem Stadtpräsidenten als Vorsitzendem. |
| | ² Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber besorgt das Sekretariat. | 350 | | ² Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber besorgt das Sekretariat. |
| | ³ Das Zentralwahlbüro erwahrt aufgrund der Auswertungsergebnisse der Kreiswahlbüros die Abstimmungs- und Wahlergebnisse. Diese werden innert kurzer Frist veröffentlicht. | 351 | | ³ Das Zentralwahlbüro erwahrt aufgrund der Auswertungsergebnisse der Kreiswahlbüros die Abstimmungs- und Wahlergebnisse. |
| | | 351 a | | ⁴ <u>Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse</u> werden innert kurzer Frist veröffentlicht. |
| | | 352 | | |

| | | | | |
|------------------------------------|---|----------|--|---|
| Kreiswahlbüros | Art. 114 ¹ In jedem Wahlkreis besteht ein Kreiswahlbüro. | 353 | Kreiswahlbüros | Art. 124 ¹ In jedem Wahlkreis besteht ein Kreiswahlbüro. |
| | ² Die Kreiswahlbüros besorgen die Aufgaben, die das Gesetz über die politischen Rechte dem Wahlbüro zuweist und soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist. | 354 | | ² Die Kreiswahlbüros besorgen die Aufgaben, die das Gesetz über die politischen Rechte dem Wahlbüro zuweist, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist. |
| | | 355 | | |
| | III. Betreibungs- und Friedensrichterämter | 356 | | III. <u>Betreibungsämter</u> und Friedensrichterämter |
| Betreibungsbeamtinnen oder -beamte | Art. 115 ¹ Die Betreibungsbeamtinnen und -beamten (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner): a. besorgen die ihnen gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung zukommenden Aufgaben; b. führen die freiwilligen Versteigerungen durch. | 357 | Betreibungsbeamtinnen oder <u>Betreibungsbeamte</u> a. Aufgaben | Art. 125 Die Betreibungsbeamtinnen oder <u>Betreibungsbeamten</u> (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner): a. besorgen die ihnen gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung zukommenden Aufgaben; b. führen die freiwilligen Versteigerungen durch. |
| | | 357 a | | |
| | ² Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts. Dem Stadtrat kommen die aufsichtsrechtlichen Befugnisse einer Anstellungsinstanz zu. | 358 | b. Anstellung | Art. 126 ¹ Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts. |
| | | 368 a | | ² Dem Stadtrat kommen die aufsichtsrechtlichen Befugnisse einer Anstellungsinstanz zu. |
| | | 358 b | | |
| | ³ Bei Anordnungen der Betreibungsbeamtinnen und -beamten (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner) in Anwendung des städtischen Personalrechts kann beim Stadtrat ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden. | 359 | c. <u>Neubeurteilung von Anordnungen</u> | Art. 127 Bei Anordnungen der Betreibungsbeamtinnen oder <u>Betreibungsbeamten</u> (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner) in Anwendung des Personalrechts kann beim Stadtrat ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden. |

| | | | |
|------------------------------------|--|----------|---|
| | | 359 a | |
| | ⁴ Das Amtslokal wird vom Stadtrat bestimmt. | 360 | <u>d. Amtslokal</u> Art. 128 Das Amtslokal wird vom Stadtrat bestimmt. |
| | | 361 | |
| Friedensrichterinnen oder -richter | Art. 116 ¹ Die Friedensrichterinnen und Friedensrichter sind Schlichtungsbehörde gemäss der Schweizerischen Zivilprozessordnung, soweit nichts anderes bestimmt ist. | 362 | Friedensrichterinnen oder Friedensrichter Art. 129 ¹ Die Friedensrichterinnen oder Friedensrichter sind Schlichtungsbehörde gemäss der Schweizerischen Zivilprozessordnung ⁷ , soweit nichts anderes bestimmt ist. |
| | ² Die Entlöhnung richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts. | 363 | ² Die Entlöhnung richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts. |
| | | 364 | |
| Kosten-tragung | Art. 117 ¹ Die Stadt trägt die Kosten für die Betriebs-(Stadtammann-) und Friedensrichterämter. | 365 | Kosten, Budget und Rechnung Art. 130 ¹ Die Stadt trägt die Kosten der Betriebsämter (Stadtammannämter) und der Friedensrichterämter. |
| | ² Die Betriebsbeamtinnen und -beamten (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner) und die Friedensrichterinnen und -richter unterbreiten dem Stadtrat Budget und Rechnung. | 366 | ² Die Betriebsbeamtinnen oder Betriebsbeamten (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner) und die Friedensrichterinnen oder Friedensrichter unterbreiten dem Stadtrat das Budget und die Rechnung. |
| | | 367 | |
| | IV. Ombudsstelle | 368 | IV. Ombudsstelle |
| Aufgaben | Art. 118 ¹ Die Ombudsperson vermittelt im Verkehr zwischen verwaltungsexternen Personen sowie städtischen Angestellten einerseits und der Stadtverwaltung andererseits. | 369 | Aufgaben Art. 131 ¹ Die Ombudsperson vermittelt im Verkehr zwischen verwaltungsexternen Personen sowie städtischen Angestellten einerseits und der Stadtverwaltung andererseits. |
| | ² Sie prüft Beschwerden, die gegen die Stadtverwaltung erho- | 370 | ² Sie prüft Beschwerden, die gegen die Stadtverwaltung erho- |

⁷ vom 19. Dezember 2008, SR 272.

| | | | | |
|--------------|---|----------|---|---|
| | ben werden. | | | ben werden. |
| | ³ Sie kann auch von sich aus tätig werden. | 371 | | ³ Sie kann auch von sich aus tätig werden. |
| | | 371 a | | |
| | [Vgl. Zeile 374] | 371 b | <u>Inanspruchnahme, Kostenlosigkeit</u> | <u>Art. 132</u> ¹ Jede natürliche oder juristische Person, die daran ein Interesse hat, kann die Dienste der Ombudsperson in Anspruch nehmen. |
| | [Vgl. Zeile 374] | 371 c | | <u>2 Die Dienste der Ombudsperson sind kostenlos.</u> |
| | | 372 | | |
| Organisation | Art. 119 ¹ Die Ombudsperson ist in ihrer Tätigkeit unabhängig. Sie regelt das Verfahren und ernennt die Angestellten der Ombudsstelle. | 373 | <u>Unabhängigkeit</u> , Organisation | Art. 133 ¹ Die Ombudsperson ist in ihrer Tätigkeit unabhängig. |
| | | 373 a | | ² Sie regelt das Verfahren und ernennt die Angestellten der Ombudsstelle. |
| | ² Ihre Inanspruchnahme steht jeder natürlichen und juristischen Person offen, die daran ein Interesse hat, und ist kostenlos. | 374 | | [Vgl. Zeile 371b und 371c] |
| | ³ Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter übernimmt in Fällen von längerer, ausserordentlicher Abwesenheit alle Aufgaben und Befugnisse der Ombudsperson. Der Gemeinderat regelt die Entschädigung. | 375 | <u>Stellvertretung</u> | <u>Art. 134</u> ¹ Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter übernimmt bei längerer, ausserordentlicher Abwesenheit alle Aufgaben und Befugnisse der Ombudsperson. |
| | | 375 a | | ² Der Gemeinderat regelt die Entschädigung. |
| | | 376 | | |

| | | | | |
|-------------------|---|----------|--|--|
| Verfahren | Art. 120 ¹ Die Ombudsperson klärt ab, ob die Stadtverwaltung nach Recht und Billigkeit verfährt. | 377 | Verfahren, <u>Schweigepflicht, Amtsgeheimnis</u> | Art. 135 ¹ Die Ombudsperson klärt ab, ob die Stadtverwaltung nach Recht und Billigkeit verfährt. |
| | ² Sie kann jederzeit von der Stadtverwaltung schriftliche oder mündliche Auskünfte einholen, Besichtigungen durchführen und die Akten beiziehen. | 378 | | ² Sie kann jederzeit von der Stadtverwaltung schriftliche oder mündliche Auskünfte einholen, Besichtigungen durchführen und die Akten beiziehen. |
| | ³ Behördenmitglieder und Angestellte sind der Ombudsperson gegenüber von der Schweigepflicht entbunden. Sie wahrt das Amtsgeheimnis, soweit es schutzwürdige öffentliche oder private Interessen gebieten. | 379 | | ³ Behördenmitglieder und Angestellte sind der Ombudsperson gegenüber von der Schweigepflicht entbunden. |
| | | 379 a | | ⁴ Die Ombudsperson wahrt das Amtsgeheimnis, soweit es schutzwürdige öffentliche oder private Interessen gebieten. |
| | | 380 | | |
| Stellungnahmen | Art. 121 ¹ Die Ombudsperson nimmt nach Abschluss des Verfahrens zur untersuchten Angelegenheit in geeigneter Weise Stellung, hat aber keine Entscheidungs- und Weisungsbefugnis. | 381 | Stellungnahmen | Art. 136 ¹ Die Ombudsperson nimmt nach Abschluss des Verfahrens zur untersuchten Angelegenheit in geeigneter Weise Stellung, hat aber keine Entscheidungs- und Weisungsbefugnis. |
| | ² Die Stellungnahmen der Ombudsperson werden den Beteiligten, der vorgesetzten Verwaltungsbehörde und nach ihrem Ermessen auch weiteren Stellen zur Kenntnis gebracht. | 382 | | ² Die Stellungnahmen der Ombudsperson werden den Beteiligten, der vorgesetzten Verwaltungsbehörde und nach ihrem Ermessen auch weiteren Stellen zur Kenntnis gebracht. |
| | | 383 | | |
| Berichterstattung | Art. 122 ¹ Die Ombudsperson erstattet dem Gemeinderat mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Geschäftsführung. | 384 | Berichterstattung | Art. 137 ¹ Die Ombudsperson erstattet dem Gemeinderat mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Geschäftsführung. |
| | ² Sie kann darin auf Mängel im geltenden Recht und in der Verwaltungstätigkeit hinweisen und Änderungen oder Verbes- | 385 | | ² Sie kann darin auf Mängel im geltenden Recht und in der Verwaltungstätigkeit hinweisen und Änderungen oder Verbes- |

| | | | | |
|--------------------------------|--|----------|------------------------------------|--|
| | serungen anregen. | | | serungen anregen. |
| | | 386 | | |
| | V. Datenschutzstelle | 387 | | V. Datenschutzstelle |
| Aufgaben und Organisation | Art. 123 ¹ Die Aufgaben und Befugnisse der oder des Datenschutzbeauftragten richten sich nach den kantonalen Datenschutzerlassen sowie nach einer vom Gemeinderat zu erlassenden Vollzugsverordnung über den Datenschutz. | 388 | <u>Aufgaben, Organisation</u> | Art. 138 ¹ Die Aufgaben und Befugnisse der oder des Datenschutzbeauftragten richten sich nach den kantonalen Datenschutzerlassen sowie nach einer <u>Verordnung des Gemeinderats</u> . |
| | ² Die Stellvertretung der oder des Datenschutzbeauftragten wird vom Gemeinderat geregelt. | 389 | | ² Die Stellvertretung der oder des Datenschutzbeauftragten wird vom Gemeinderat geregelt. |
| | | 390 | | |
| | 7. Teil: Öffentliche Anstalten | 391 | | 7. Teil: Öffentliche Anstalten |
| | I. Vorsorgestiftung | 392 | | I. Vorsorgestiftung |
| Aufgaben und Organisation | Art. 124 ¹ Die berufliche Vorsorge des Personals und der Behördenmitglieder soll für die Versicherten zu einem angemessenen Schutz gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Alter, Invalidität und Tod führen. | 393 | <u>Aufgaben, Organisation</u> | Art. 139 ¹ Die berufliche Vorsorge des Personals und der Behördenmitglieder soll für die Versicherten zu einem angemessenen Schutz gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Alter, Invalidität und Tod führen. |
| | ² Sie erfolgt durch die von der Stadt errichtete öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung. | 394 | | ² Sie erfolgt durch die von der Stadt errichtete öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung. |
| | | 395 | | |
| Stiftungs-urkunde und Beiträge | Art. 125 Der Gemeinderat erlässt die Stiftungsurkunde. Er legt aufgrund eines Vorschlags der Vorsorgestiftung die Beiträge der Stadt und der städtischen Versicherten fest. | 396 | <u>Stiftungs-urkunde, Beiträge</u> | Art. 140 ¹ Der Gemeinderat erlässt die Stiftungsurkunde, |
| | | 396 a | | ² Er legt aufgrund eines Vorschlags der Vorsorgestiftung die |

| | | | |
|----------------------------|--|-----|--|
| | | | Beiträge der Stadt und der städtischen Versicherten fest. |
| | | 397 | |
| Arbeitgeber- vertretung | Art. 126 ¹ Der Stadtrat wählt die städtischen Arbeitgebervertretungen im Stiftungsrat der Vorsorgestiftung. | 398 | Arbeitgeber- vertretung Art. 141 ¹ Der Stadtrat wählt die städtischen Arbeitgebervertretungen im Stiftungsrat der Vorsorgestiftung. |
| | ² Er ist befugt, die Versicherung einzelner Personalgruppen und Behördenmitglieder bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung zu bewilligen. | 399 | ² Er ist befugt, die Versicherung einzelner Personalgruppen und Behördenmitglieder bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung zu bewilligen. |
| | | 400 | |
| | II. Unfallversicherung | 401 | II. Unfallversicherung |
| Organisation | Art. 127 ¹ Die Stadt führt eine Unfallversicherung in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. | 402 | Organisation Art. 142 ¹ Die Stadt führt eine Unfallversicherung in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. |
| | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation. | 403 | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation <u>in einer Verordnung.</u> |
| | ³ Im Übrigen erlässt der Stadtrat die massgebenden Bestimmungen. | 404 | ³ Im Übrigen erlässt der Stadtrat die massgebenden Bestimmungen. |
| | | 405 | |
| | III. Asyl-Organisation | 406 | III. Asyl-Organisation |
| Organisation | Art. 128 ¹ Die Stadt führt eine Asyl-Organisation Zürich (AOZ) in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. | 407 | Organisation Art. 143 ¹ Die Stadt führt die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. |
| | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation und übt die Oberaufsicht aus. | 408 | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation <u>in einer Verordnung</u> und übt die Oberaufsicht aus. |

| | | | |
|--------------|---|----------|---|
| | | 409 | |
| Organe | Art. 129 ¹ Die obersten Organe der AOZ sind der Verwaltungsrat, die Direktion und die Kontrollstelle. | 410 | Organe Art. 144 ¹ Die obersten Organe der AOZ sind der Verwaltungsrat, die Direktion und die Kontrollstelle. |
| | ² Der Verwaltungsrat ist unter der Aufsicht des Stadtrats für die strategische Führung der AOZ zuständig. Er erlässt mit Genehmigung des Stadtrats die erforderlichen Reglemente und ist anstaltsinterne Neubeurteilungsinstanz, soweit nicht die Sozialbehörde zuständig ist. | 411 | ² Der Verwaltungsrat ist unter der Aufsicht des Stadtrats für die strategische Führung der AOZ zuständig. |
| | | 411 a | ³ Er erlässt mit Genehmigung des Stadtrats die erforderlichen Reglemente und ist anstaltsinterne Neubeurteilungsinstanz, soweit nicht die Sozialbehörde zuständig ist. |
| | ³ Die Direktion ist für die operative Führung der AOZ zuständig. | 412 | ⁴ Die Direktion ist für die operative Führung der AOZ zuständig. |
| | | 413 | |
| Aufgaben | Art. 130 ¹ Die AOZ nimmt die Aufgaben im Asylbereich wahr, zu denen die Stadt kraft übergeordneten Rechts verpflichtet ist. | 414 | Aufgaben Art. 145 ¹ Die AOZ nimmt die Aufgaben im Asylbereich wahr, zu denen die Stadt durch übergeordnetes Recht verpflichtet ist. |
| | ² Sie erfüllt Aufgaben im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit Dritten. | 415 | ² Sie erfüllt Aufgaben im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit Dritten. |
| | ³ Sie leistet Betreuung für anerkannte Flüchtlinge und erbringt Dienstleistungen im Bereich der Integration. | 416 | ³ Sie leistet Betreuung für anerkannte Flüchtlinge und erbringt Dienstleistungen im Bereich der Integration. |
| | | 417 | |
| Finanzierung | Art. 131 Die für die Stadt erbrachten Leistungen werden mittels Steuern, die Leistungen für Dritte nach dem Verursacherprinzip finanziert. | 418 | Finanzierung Art. 146 Die für die Stadt erbrachten Leistungen werden mittels Steuern, die Leistungen für Dritte nach dem Verursacherprinzip finanziert. |

| | | | |
|---------------------|--|-----|--|
| | | 419 | |
| Arbeitsverhältnisse | Art. 132 ¹ Die Arbeitsverhältnisse des Personals sind öffentlich-rechtlich und richten sich nach den Bestimmungen des Personalrechts der Stadt. | 420 | Arbeitsverhältnisse Art. 147 ¹ Die Arbeitsverhältnisse des Personals sind öffentlich-rechtlich und richten sich nach den Bestimmungen des <u>Personalrechts</u> . |
| | ² Die AOZ kann mit Genehmigung des Stadtrats hinsichtlich des Lohnes, der Arbeitszeit, der Ferien sowie der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abweichende Bestimmungen festlegen, soweit es aus betrieblichen Gründen erforderlich ist. | 421 | ² Die AOZ kann mit Genehmigung des Stadtrats hinsichtlich des <u>Lohns</u> , der Arbeitszeit, der Ferien sowie der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abweichende Bestimmungen festlegen, soweit <u>dies</u> aus betrieblichen Gründen erforderlich ist. |
| | ³ Sie kann mit Genehmigung des Stadtrats mit den Personalverbänden Gesamtarbeitsverträge abschliessen. | 422 | ³ Sie kann mit Genehmigung des Stadtrats mit den Personalverbänden Gesamtarbeitsverträge abschliessen. |
| | | 423 | |
| | IV. Kongresshaus-Stiftung | 424 | IV. Kongresshaus-Stiftung |
| Organisation | Art. 133 ¹ Unter dem Namen Kongresshaus-Stiftung Zürich besteht eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. | 425 | Organisation Art. 148 ¹ Unter dem Namen Kongresshaus-Stiftung Zürich besteht eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. |
| | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation und übt die Oberaufsicht aus. | 426 | ² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation <u>in einer Verordnung</u> und übt die Oberaufsicht aus. |
| | ³ Der Stadtrat nimmt die allgemeine Aufsicht wahr. | 427 | ³ Der Stadtrat nimmt die allgemeine Aufsicht wahr. |
| | | 428 | |
| Organe | Art. 134 ¹ Die obersten Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und die Prüfstelle. | 429 | Organe Art. 149 ¹ Die obersten Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und die Prüfstelle. |
| | ² Der Stiftungsrat kann Reglemente erlassen. | 430 | ² Der Stiftungsrat kann Reglemente erlassen. |
| | | 431 | |

| | | | | |
|--------------|---|----------|--|--|
| Aufgaben | Art. 135 ¹ Zweck der Stiftung ist die Bereitstellung und der Betrieb eines Kongress- und Konzertgebäudes am General-Guisan-Quai. | 432 | Aufgaben | Art. 150 ¹ Zweck der Stiftung ist die Bereitstellung und der Betrieb eines Kongress- und Konzertgebäudes am General-Guisan-Quai. |
| | ² Die Stiftung kann den Betrieb des Gebäudes ganz oder teilweise vertraglich an Dritte übertragen. | 433 | | ² Die Stiftung kann den Betrieb des Gebäudes ganz oder teilweise vertraglich an Dritte übertragen. |
| | ³ Sie verfolgt keine Gewinnabsicht. | 434 | | ³ Sie verfolgt keine Gewinnabsicht. |
| | | 435 | | |
| Finanzierung | Art. 136 Die Stiftung finanziert die Bereitstellung und den Betrieb durch Entgelte der Nutzenden des Kongressgebäudes und der Tonhalle, damit die Kosten für den langfristigen Erhalt des Gebäudes möglichst gedeckt werden. | 436 | Finanzierung | Art. 151 Die Stiftung finanziert die Bereitstellung und den Betrieb durch Entgelte der Nutzenden des Kongressgebäudes und der Tonhalle, damit die Kosten für den langfristigen Erhalt des Gebäudes möglichst gedeckt werden. |
| | | 437 | | |
| | [Vgl. Zeile 443] | 437 a | <u>8. Teil: Umsetzung von Aufgaben und Zielen</u> | |
| | [Vgl. Zeile 446] | 437 b | Reduktion CO₂ -Ausstoss | Art. 152 Für die Reduktion des CO₂ -Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel. |
| | | 437 c | | |
| | [Vgl. Zeile 448] | 437 d | Beteiligung an Atomkraftwerken | Art. 153 ¹ Die Beteiligung der Stadt an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig. |
| | [Vgl. Zeile 449] | 437 e | | ² Der Stadtrat wird ermächtigt, die bestehenden Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu verkaufen. |
| | | 437 f | | |

| | | | | | |
|-------------------------------------|----------|---|-----------------------------------|---|---|
| [Vgl. Zeile 451] | | 437 g | Verkehr | Art. 154 ¹ Der prozentuale Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und des Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in der Stadt soll bis 24. Oktober 2022 um mindestens zehn Prozentpunkte erhöht werden; massgebend sind dabei die zurückgelegten Wege auf Stadtgebiet bezüglich des Gesamtverkehrs. | |
| [Vgl. Zeile 451] | | 437 h | | ² Die Stadt trifft dazu die notwendigen Massnahmen und veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht. | |
| [Vgl. Zeile 452] | | 437 i | | ³ Zur Umsetzung von Art. 12 realisiert die Stadt bis spätestens zehn Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ein Netz aus sternförmigen sowie tangentialen Veloschnellrouten mit einer Länge von insgesamt mindestens fünfzig Kilometern. | |
| [Vgl. Zeile 452] | | 437 j | | ⁴ Die Stadt veröffentlicht bis zur Erreichung dieses Ziels einen jährlichen Zwischenbericht. | |
| | | 437 k | | | |
| [Vgl. Zeile 454] | | 437 l | Gemeinnütziger Wohnungsbau | Art. 155 Für das Erreichen von einem Drittel des Mietwohnungsbestands im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel. | |
| | | 437 m | | | |
| 8. Teil: Schlussbestimmungen | | | 438 | 9. Teil: Schlussbestimmungen | |
| Aufhebung bisherigen Rechts | Art. 137 | Die Gemeindeordnung vom 26. April 1970 wird aufgehoben. | 439 | Aufhebung bisherigen Rechts | Art. 156 Die Gemeindeordnung vom 26. April 1970 wird aufgehoben. |
| | | | 440 | | |
| Inkrafttreten | Art. 138 | Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnung | 441 | Inkrafttreten | Art. 157 Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnung nach der |

| nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. | | | Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft. | |
|--|---|-----|---|--|
| | | 442 | | |
| 9. Teil: Übergangsbestimmungen | | 443 | [Vgl. Zeile 437a] | |
| Stadtplan | Art. 139 Der digitale Stadtplan nach Art. 4 Abs. 2 entspricht im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung dem geltenden, im Stadtarchiv liegenden Stadtplan. | 444 | [Neu in Zeile 013a als Art. 4 Abs. 3 ohne Randtitel; Randtitel in Zeile 012 ergänzt.] | |
| | | 445 | | |
| Reduktion CO ₂ -Ausstoss | Art. 140 Für die Reduktion des CO ₂ -Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel. | 446 | [Vgl. Zeile 437b] | |
| | | 447 | | |
| Beteiligung an Atomkraftwerken | Art. 141 ¹ Die Beteiligung der Stadt an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig. | 448 | [Vgl. Zeile 437d] | |
| | ² Der Stadtrat wird ermächtigt, die bestehenden Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu verkaufen. | 449 | [Vgl. Zeile 437e] | |
| | | 450 | | |
| Verkehr | Art. 142 ¹ Der prozentuale Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und des Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in der Stadt soll bis 24. Oktober 2022 um mindestens zehn Prozentpunkte erhöht werden; massgebend sind dabei die zurückgelegten Wege auf Stadtgebiet bezüg- | 451 | [Vgl. Zeile 437g und 437h] | |

| | | | |
|---------------------|---|----------|---|
| | lich des Gesamtverkehrs. Die Stadt trifft dazu die notwendigen Massnahmen und veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht. | | |
| | | 451 a | |
| | ² Zur Umsetzung von Art. 11 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO realisiert die Stadt bis spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ein Netz aus sternförmigen sowie tangentialen Veloschnellrouten mit einer Länge von insgesamt mindestens 50 Kilometern. Die Stadt veröffentlicht bis zur Erreichung dieses Ziels einen jährlichen Zwischenbericht. | 452 | [Vgl. Zeile 437i und 437j] |
| | | 453 | |
| Mietwohnungsbestand | Art. 143 Für das Erreichen von einem Drittel des Mietwohnungsbestands im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel. | 454 | [Vgl. Zeile 437i] |
| | | 455 | |
| | | 456 | Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Patrick Hadi Huber (SP), Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Corina Ursprung (FDP) Für die Redaktionskommission Präsident Mark Richli (SP) Sekretär Georg Escher |